

INFORMATIONEN AUS DER AMTLICHEN STATISTIK

April - Juni



2/2007

Statistisches Bundesamt

Informationen aus der amtlichen Statistik

Nr. 2/ 2007

April – Juni 2007

Fotorechte: © Corbis/42-15515296 (RF)

Herausgeber: Statistisches Bundesamt, Wiesbaden, Geschäftsstelle des Statistischen Beirats.

Zur Information der Mitglieder des Statistischen Beirats.

Erscheinungsfolge: vierteljährlich

Erschienen im Juli 2007

© Statistisches Bundesamt, Wiesbaden 2007

Inhalt	Seite
54. Jahrestagung des Statistischen Beirats	5
Erfolgreiche deutsche EU-Ratspräsidentschaft im Bereich Statistik	6
62. Sitzung des Ausschusses für das Statistische Programm (ASP)	7
Konferenz Europäischer Statistiker (CES)	9
Sitzung des „OECD-Statistikausschusses“	10
2. OECD World Forum in Istanbul „Measuring and Fostering the Progress of Societies“	11
Besuch einer chinesischen Delegation	11
Strategie- und Programmplan des Statistischen Bundesamtes 2007-2011	12
Innovationspreis 2007	12
Elektronische Informationsangebote und Veröffentlichungen	13
Statistisches Bundesamt mit neuem Internetauftritt	13
Jahresbericht 2006 des Statistischen Bundesamtes	13
Grundsatzfragen der Bundes- und Internationalen Statistik, Informationsverbreitung	14
7. Wissenschaftliche Tagung „Qualitätsmanagement und Qualitätssicherung“	14
Nutzerworkshop „Betriebs- und Unternehmensdaten im Längsschnitt - Neue Datenangebote und ihre Forschungspotenziale“	14
Workshop „Dateninfrastruktur, Forschung, Politikberatung“	15
Gesamtrechnungen, Arbeitsmarkt	16
34. Tagung des Arbeitskreises „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“	16
Broschüre „Umweltdaten Deutschland“: „Nachhaltig wirtschaften – Natürliche Ressourcen und Umwelt schonen“	16
Nachhaltige Entwicklung in Deutschland – Indikatorenbericht 2006	16
Harmonisierung der Saison- und Kalenderbereinigung in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen auf europäischer Ebene	17
Nutzung von Verwaltungsdaten der Bundesagentur für Arbeit – Einführung des Online-Verfahrens für die Beschäftigtenstatistik	18
Workshop zum Thema „Geringfügige Beschäftigung“	18
Industrie	19
Neuer Berichtskreis für die Monatsstatistiken im Verarbeitenden Gewerbe ab 2007	19
Preise, Außenhandel	20
Atlas der Außenhandelsstatistik online verfügbar	20
Neuer Erzeugerpreisindex „Schienengüterverkehr“	21
Bevölkerung, Bildung, Steuern	21
Fachausschuss „Finanz- und Steuerstatistik“	21
11. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung - Daten nach Ländern	22
Neue Daten zur Migration in Deutschland	23
Neue Ausgabe von „Hochschulen auf einen Blick“	23
Daten zur beruflichen Weiterbildung für Studium und Lehre verfügbar	24
Gesundheit, Private Haushalte, Mikrozensus	24
Neue Rechtsgrundlage zur Erweiterung der Krankenhausstatistik	24
Mikrodaten von Krankenversicherten jetzt für die Wissenschaft zugänglich	24
Sonderheft „Vereinbarkeit von Familie und Beruf“	25
Scientific-Use-File des Mikrozensus 2005 für die Wissenschaft verfügbar	25
Personalnachrichten	26

Anhang

Tagungskalender

Organisationsplan des Statistischen Bundesamtes, Stand: Juni 2007

54. Jahrestagung des Statistischen Beirats

Der Statistische Beirat hat auf seiner 54. Tagung am 26. Juni 2007 in Wiesbaden über die aktuellen Entwicklungen und die anstehenden Herausforderungen an die amtliche Statistik sowie über seine Empfehlungen zur Weiterentwicklung des Statistischen Programms in der 16. Legislaturperiode diskutiert.

Deutlich zeichnet sich ab, dass die amtliche Statistik in ihrem Programm – aber auch in ihren Prozessen – vor größeren Veränderungen steht als je zuvor. Die internationale Perspektive verdeutlicht die Herausforderungen; auch deshalb, weil der Blick auf andere Statistiksyste­me schon heute die Zukunft in Deutschland vor Augen führt. Die Veränderung in der Statistikproduktion zeigt sich am deutlichsten in der Verlagerung von einer primärstatistischen Ausrichtung auf Einzelerhebungen. Besonders die Ressourcendiskussion sowie die Notwendigkeit, die Belastung der Befragten zu reduzieren, lassen die Statistik weltweit nach Möglichkeiten suchen, wie sich Verwaltungsdaten für statistische Zwecke in einem Design, in dem mehrere Quellen und Erhebungsmerkmale in geeigneter Weise verknüpft werden, nutzen lassen.

Der Statistische Beirat unterstützt die notwendigen Veränderungen bei der Statistikproduktion, sieht aber auch bei der Verwendung von Sekundärdaten Einschränkungen in der Qualität der Daten. Er spricht sich deshalb für eine stärkere Berücksichtigung statistischer Belange beim Aufbau und der Gestaltung von statistisch relevanten Verwaltungsregistern aus. Indem die amtliche Statistik Verwaltungsdaten nutzt anstatt Daten direkt zu erheben, senkt sie effektiv die Belastung von Unternehmen und Bürgern durch Informationspflichten. Ganz wesentlich für die Qualität von Statistiken, die aus Verwaltungsdaten gewonnen werden, ist deren statistische Eignung. Diese ließe sich verbessern, wenn die Verwaltung die Belange der Statistik beim Zustandekommen ihrer statistisch relevanten Daten systematisch berücksichtigte. Nach Ansicht des Statistischen Beirates muss die amtliche Statistik, unter Einbezug unabhängiger wissenschaftlicher Kompetenz, frühzeitig beim Aufbau und der Gestaltung der entsprechenden Verwaltungsregister eingebunden werden.

Weiterhin spricht sich der Beirat dafür aus, das nationale Statistische Programm wie auch das EU-Programm künftig auch auf der Basis von Kosten-Wirksamkeits-Analysen zu planen. Dazu dienen die Informationen aus der Bürokratiekostenmessung nach dem Standardkosten-Modell (SKM).

Als weiterer Beratungspunkt wurde das Konzept einer amtlichen Statistik über die Altersvorsorge vorgestellt. Das Konzept ist das Ergebnis der Beratungen einer vom Statistischen Beirat im Jahr 2003 eingesetzten Arbeitsgruppe. Es zeichnet ein Gesamtbild der erreichten Anwartschaften aus allen drei Säulen der Altersvorsorge (gesetzlich, betrieblich, privat). Der Vorschlag berücksichtigt die Anforderungen aus Politik und Wirtschaft sowie für die statistischen Gesamtsysteme, so dass mit den Ergebnissen der Statistik aktuelle soziodemografische Fragestellungen aus Politik und Wissenschaft untersucht werden können. Die Statistik setzt auf die Ausschöpfung vorhandener Datenquellen und trägt in der Umsetzung der Entlastung der Unternehmen Rechnung.

Der Statistische Beirat unterstützt das von der Arbeitsgruppe vorgelegte Konzept einer amtlichen Statistik über die Altersvorsorge und empfiehlt dem Statistischen Bundesamt, auf der Basis des Konzepts eine Piloterhebung zum Berichtsjahr 2008 durchzuführen. Die von einigen Mitgliedern des Beirats geäußerten Anregungen und Verbesserungsvorschläge werden dabei berücksichtigt. Die Arbeitsgruppe wird die Pilotstudie methodisch begleiten und die Ergebnisse bewerten.

Frau Dr. Degen (DGB-Bundesvorstand) und Herr Dr. Völz (Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände) berichten über die Entstehung und Rezeption des Positionspapiers des Statistischen Beirats „Informiert sein, Statistik nutzen“. Das Papier, das aus Sicht der Nutzer und Befragten der amtlichen Statistik sowie unter Berücksichtigung des Systemcharakters der Bundesstatistik Empfehlungen, ausspricht, wurde mit Zustimmung des Beirats im November 2006 veröffentlicht und ist seitdem über die Internetseite des Beirats zugänglich (www.destatis.de – Statistischer Beirat – Service). Auf Einladung des früheren Präsidenten des Statistischen Bundesamtes, Staatssekretär Johann Hahlen, hatte eine Delegation des Statistischen Beirats im Februar 2007 Gelegenheit, die Empfehlungen vor Vertretern des BMI und weiterer Bundesministerien zu erläutern. Insgesamt beurteilen Frau Dr. Degen und Herr Dr. Völz die Resonanz auf das Positionspapier des Beirats als positiv.

Mit der Berechnung des Verbraucherpreisindex liegen im Statistischen Bundesamt monatlich umfassende und detaillierte Informationen über die Preisentwicklung im Zeitablauf vor. Im System der deutschen amtlichen Preisstatistik besteht allerdings eine Lücke im Hinblick auf Daten im Vergleich des Preisniveaus verschiedener Regio-

nen innerhalb von Deutschland. Ein Bedarf an statistischen Informationen zu räumlichen Preisniveauunterschieden wurde in den letzten Jahren von verschiedenen Datennutzern an das Statistische Bundesamt herangetragen. Um auf den Datenbedarf zu reagieren, schlägt das Statistische Bundesamt zunächst die Durchführung einer Machbarkeitsstudie vor, deren Finanzierung allerdings offen ist. Das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie wird, um ein Meinungsbild der Länder einzuholen, den Bund-Länder-Ausschuss „Statistik“ in seiner Sitzung im November 2007 mit dem Thema befassen. Der Statistische Beirat betont die Dringlichkeit eines neuen regionalen Preisniveauvergleichs und schlägt eine Machbarkeitsstudie vor. Eine Finanzierung der notwendigen Aufwendungen sieht der Beirat als Voraussetzung an.

Weitere Tagesordnungspunkte waren eine „Präsentation der Kundenzufriedenheitsbefragung des Statistischen Bundesamtes“ sowie Berichte über den aktuellen Sachstand zum Bund-Länder-Projekt „Reform der Unternehmensstatistik“ und die Vorbereitung der EU-weiten Zensusrunde 2011. Der Beirat wurde über den Stand der Einführung der Zentralen IT-Produktion und Datenhaltung in den Statistischen Ämtern des Bundes und der Länder informiert und hat einen Überblick über die Planung und den Stand der Arbeiten zum Standardkosten-Modell (SKM) auf Bundesebene erhalten.

Im Rahmen der Qualitätssteigerung der Kunden- und Nutzerbeziehungen und zur Imageförderung hat das Statistische Bundesamt zum dritten Mal einen Preis für innovative Produkte und Serviceleistungen vergeben. Eine Jury aus drei Mitgliedern des Statistischen Beirats hat auf der Grundlage eines gemeinsam erarbeiteten Kriterienkatalogs die Preisträger des Innovationspreises 2007 ausgewählt. Preisverleihung und Würdigung der Preisträger fanden in der Sitzung des Statistischen Beirats statt (siehe hierzu den Beitrag auf Seite 12).

Der Statistische Beirat wurde über neue Entwicklungen auf europäischer Ebene, statistikrelevante Rechtsakte und Projekte informiert. Das Statistische Bundesamt wirkt aktiv an der Weiterentwicklung des Europäischen Statistischen Systems und der Gestaltung des Statistischen Programms auf europäischer Ebene mit. Folgende Themen wurden vorgestellt: Krakauer Aktionsplan zur Weiterentwicklung des Europäischen Statistischen Systems, Überarbeitung der Verordnung über die Gemeinschaftsstatistiken 322/97, Deutsche EU-Ratspräsidentschaft, Statistisches Mehrjahresprogramm 2008-2012, Code of Practice und

Einsetzung eines Europäischen Beratungsgremiums für die Statistische Governance sowie Umstrukturierung des Nutzergremiums CEIES.

Abgeschlossen wurde die Tagung mit einem Bericht des Statistischen Bundesamtes über die Aktivitäten der EU-Ratsarbeitsgruppe „Statistik“, die sich mit der Verabschiedung wichtiger statistischer Rechtsakte auf europäischer Ebene befasst hat, und der Bilanz über die Arbeiten der deutschen Ratspräsidentschaft im Bereich Statistik.

Erfolgreiche deutsche EU-Ratspräsidentschaft im Bereich Statistik

Mit der offiziellen Übergabe der statistischen Rechtsakte an die neue portugiesische Präsidentschaft am 27. Juni 2007 in Wiesbaden im Beisein von Vertretern der Kommission (Eurostat), dem Bundesministerium des Innern und aus der Ständigen Vertretung in Brüssel hat die deutsche Ratspräsidentschaft im Bereich Statistik ihren Abschluss gefunden. In den vergangenen sechs Monaten hatte der Präsident des Statistischen Bundesamtes, Walter Radermacher, den Vorsitz in der Ratsarbeitsgruppe Statistik, die neue Verordnungsentwürfe der Kommission auf dem Gebiet der Statistik im Rahmen des Mitentscheidungsverfahrens mit dem Europäischen Parlament verhandelt. Für die Planung und Durchführung dieser Sitzungen und die Koordinierung und Überarbeitung der Verordnungsentwürfe im Bereich Statistik auf europäischer Ebene ist im Statistischen Bundesamt in der Gruppe IA für die Zeit der Ratspräsidentschaft eine Geschäftsstelle eingerichtet worden.

Insgesamt lässt sich ein sehr positives Fazit der deutschen Präsidentschaft im Bereich Statistik ziehen: So konnten in den letzten Monaten mehrere wichtige Statistik-Verordnungen verabschiedet werden und Fortschritte bei neuen Verordnungsentwürfen erzielt werden. Darüber hinaus wurde das Querschnittsthema „Komitologie und Qualitätsaspekte“ intensiv in der Ratsarbeitsgruppe beraten und ein neuer Standardartikel zur Qualität entwickelt, der in alle zukünftigen Statistikverordnungen aufgenommen werden soll.

Die folgenden drei Verordnungen wurden unter deutscher Ratspräsidentschaft von Parlament und Rat in erster Lesung verabschiedet:

- Verordnung zu Gemeinschaftsstatistiken über Wanderung und internationalen Schutz („Migrations-Verordnung“),

- Verordnung über das europäische System integrierter Sozialschutzstatistiken (ESSOSS),
- Verordnung zu gemeinschaftlichen Statistiken über die Struktur und Tätigkeit von Auslandsunternehmenseinheiten (FATS).

Bei den unten aufgeführten Verordnungen steht in den kommenden Wochen eine Verabschiedung im Ministerrat bevor, nachdem das Europaparlament bereits in erster Lesung zugestimmt hat. Dabei konnte die deutsche Präsidentschaft im Bereich Statistik insbesondere in den Verhandlungen über das neue Statistische Programm der Gemeinschaft 2008 bis 2012 ihre Schwerpunkte Prioritätensetzung, Nutzerorientierung und Entlastung der Befragten einbringen und den Kommissionsvorschlag dementsprechend überarbeiten.

- Entscheidung über das statistische Programm der Gemeinschaft 2008-2012,
- Änderungsverordnung zur Verordnung über die Arbeitskräfteerhebung (Merkmal Einkommen),
- Verordnung über die statistische Güterklassifikation CPA,
- Verordnung über die Strukturelle Unternehmensstatistik,
- Verordnung zur Festlegung einheitlicher Regeln für die Bereitstellung von Basisinformationen für Kaufkraftparitäten sowie deren Berechnung und Verbreitung,
- Verordnung zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 2223/96 des Rates in Bezug auf die Übermittlung von Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (ESVG-Lieferprogramm).

Neben den oben genannten Rechtsakten konnten Präsident Walter Radermacher und das Präsidentschaftsteam auch bei mehreren anderen Verordnungsentwürfen einen tragfähigen Kompromissvorschlag zwischen der Position der Mitgliedstaaten in der Ratsarbeitsgruppe und den Änderungswünschen des Europäischen Parlaments aushandeln, so dass eine Verabschiedung in erster Lesung in einigen Wochen bevorsteht.

Insgesamt hat das Präsidentschaftsteam gemeinsam mit den zuständigen Kolleginnen und Kollegen der Fachabteilungen des Statistischen Bundesamtes im ersten Halbjahr 2007 22 statistische Gesetzesvorhaben betreut und ihre Verabschiedung durch den Rat und das Europäische Parlament vorangetrieben. Während 15 Rechtsakte von der finnischen Präsidentschaft übernommen wurden, hat die

Kommission unter deutscher Präsidentschaft sieben neue Gesetzesvorhaben vorgelegt. Die Ratsarbeitsgruppe Statistik kam im ersten Halbjahr 2007 in Brüssel zu neun Sitzungen unter Vorsitz von Präsident Walter Radermacher beziehungsweise Frau Angela Schaff (Leiterin der Gruppe I A im Statistischen Bundesamt) zusammen. Es wurden 13 der insgesamt 22 statistischen Rechtsakte unter deutschem Vorsitz in der Ratsarbeitsgruppe Statistik beraten. Damit zählt die Ratsarbeitsgruppe Statistik von allen etwa 280 Ratsarbeitsgruppen zu denen mit den meisten Rechtsakten. Dies war mit einem dementsprechend großen Koordinations- und Arbeitsaufwand verbunden.

Ausführliche Informationen zum Beratungsstand aller im ersten Halbjahr 2007 unter deutschem Vorsitz beratenen Statistik-Rechtsakte auf europäischer Ebene enthält der Abschlussbericht, der im Internet unter www.destatis.de/EU2007 abrufbar ist.

Seit dem 1. Juli 2007 koordiniert nun das Präsidentschaftsteam des portugiesischen Statistik-Amtes INE die Arbeiten auf dem Gebiet der Statistik auf europäischer Ebene. Das Statistische Bundesamt hat im Rahmen der erstmals ins Leben gerufenen sogenannten „Triopräsidentschaft“ bereits in den vergangenen Monaten sehr gut mit den jeweiligen Kolleginnen und Kollegen der zukünftigen Präsidentschaften zusammengearbeitet und wird daher die Arbeiten in der Ratsarbeitsgruppe Statistik auch unter portugiesischer und slowenischer Präsidentschaft (1. Jahreshälfte 2008) eng begleiten.

62. Sitzung des Ausschusses für das Statistische Programm (ASP)

Am 24. Mai 2007 fand die 62. Sitzung des Ausschusses für das Statistische Programm (ASP) statt. Dieses Treffen der Leiter der Statistischen Zentralämter der Europäischen Union (EU) und des Statistischen Amtes der Europäischen Gemeinschaften (Eurostat) findet viermal im Jahr statt. Auf der Tagesordnung stehen wichtige statistische Rechtsakte und strategische Fragen. Die Sitzungsleitung hatte der Generaldirektor von Eurostat, Hervé Carré.

Der ASP stimmte folgenden Verordnungsentwürfen mehrheitlich zu:

- Verordnung der Kommission zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1749/96 der Kommission über anfängliche Maßnahmen zur Umsetzung der Verordnung (EG) Nr. 2494/95 des Rates über harmonisierte Verbrau-

cherpreisindizes. Zweck der vorgeschlagenen Änderungen ist es, die Vergleichbarkeit, Zuverlässigkeit und Zweckdienlichkeit des HVPI im Hinblick auf Probleme der Qualitätsanpassung und der Stichprobenziehung zu gewährleisten.

- Verordnung der Kommission über die Einführung der Statistischen Systematik der Wirtschaftszweige NACE Rev. 2 in zehn verschiedenen Statistikbereichen. Einzelne Statistik-Verordnungen müssen an die NACE Rev. 2 angepasst werden.
- Verordnung der Kommission zur Beendigung des in der Verordnung (EG) Nr. 1172/98 des Rates über die statistische Erfassung des Güterkraftverkehrs festgelegten Übergangszeitraums. Diese Verordnung ist der fünfte Rechtsakt zur Durchführung der o.g. Verordnung. Sie legt das Ende des Übergangszeitraums für die Regionalkodierung fest und soll gewährleisten, dass sowohl über den innerstaatlichen als auch über den grenzüberschreitenden Verkehr Regionalstatistiken zur Verfügung stehen werden.

Der ASP nahm den Entwurf des statistischen Arbeitsprogramms für das Jahr 2008 insgesamt positiv an. Die meisten Delegierten gaben ihre Stellungnahme nur unter Vorbehalt ab, da Detailfragen in der Sitzung der Arbeitsgruppe „ESS-Programmierung und Koordinierung“ am 21. Juni 2007 beraten werden sollten. Die Mitglieder des ASP stellten fest, dass die Ziele der im November 2006 veröffentlichten Kommissionsmitteilung zur „Reduzierung der Antwortlast, Rechtsvereinfachung und Prioritätensetzung im Bereich der Gemeinschaftsstatistiken“ in den Programm-entwurf eingeflossen sind. Sie ermutigten die Kommission, künftig noch konkretere Ziele für die Verringerung des Arbeitsaufwands zu setzen (z.B. Landwirtschaft, Bildung, Intrastat).

Der ASP äußerte sich zustimmend zu einem von Eurostat vorgelegten Dokument, das im Rahmen der Veröffentlichung der neuen NACE rev. 1 einleitende Leitlinien beschreibt. Nach Ansicht einer Reihe von Delegationen müssen die Auswirkungen der Regeln betreffend die Auslagerung von Tätigkeiten im Bereich Herstellung von Waren (Outsourcing) sehr sorgfältig geprüft werden, um eine kohärente Umsetzung zu gewährleisten. Angesprochen wurde von einem Mitgliedstaat zudem der Umfang der Ausnahmen bei der Klassifikation von Einheiten mit eigener Agrarproduktion. Der UN-Vertreter erklärte, die Umstellung auf die NACE Rev. 2 stelle für die Nicht-EU-Staaten eine wirkliche Herausforderung dar, insbesondere für

Balkanländer und die Länder der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten. Eine Task Force wird sich mit diesen Fragen – vor allem dem Thema Outsourcing – befassen.

Eurostat erläuterte die Ergebnisse des 2006 durchgeführten Pilotprojekts ‚EuroGroups-Register‘ und die geplanten Maßnahmen für eine rasche und vollständige Einführung des Registers in den kommenden Jahren. Die neue Verordnung über Unternehmensregister werde voraussichtlich im zweiten oder dritten Quartal dieses Jahres angenommen. Sie bilde die Rechtsgrundlage für die Einführung des gemeinschaftlichen statistischen Registers der multinationalen Unternehmensgruppen und der zu ihnen gehörenden Unternehmenseinheiten (EuroGroups-Register). Die Einrichtung dieses Registers werde einen Datenaustausch zwischen Eurostat und den Nationalen Statistischen Ämtern erforderlich machen, dessen Einzelheiten in einer Durchführungsverordnung der Kommission festgelegt würden. Zu diesem Zweck werde Eurostat eine Task Force unter Beteiligung der Mitgliedstaaten einsetzen.

Der ASP begrüßte den Fortschrittsbericht des Pilotprojektes zur Ermittlung von Indizes über die Eigennutzung von Wohnungen. Nach Auffassung mehrerer Delegationen bedarf es für weitere Fortschritte eines Rechtsakts. Unabhängig davon bekräftigte Eurostat seine Absicht, in der zuständigen Arbeitsgruppe mit den Mitgliedstaaten auch künftig methodische Aspekte zu erörtern und die Mitgliedstaaten vor jeder Veröffentlichung von Indizes zu konsultieren.

Eurostat erläuterte dem ASP Leitlinien zur Kommunikationspolitik bei größeren Revisionen, die der Ausschuss für Wirtschafts-, Währungs-, und Finanzfragen (AWFZ) erarbeitet hat. Der Rat der Wirtschafts- und Finanzminister (ECOFIN) hatte den AWFZ um die Vorlage dieser Leitlinien bis Mitte 2007 gebeten. Die kurzen Leitlinien umfassen Hinweise:

- Zur Vorankündigung von Revisionen,
- zur Erstellung von Dokumenten über wichtige statistische Revisionen und
- zur Unterrichtung über wichtige koordinierte Überarbeitungen auf europäischer Ebene.

Im ASP wurde die Meinung vertreten, dass es sich beim vorliegenden Dokument um ein politisches Papier handle, dass vom ECOFIN zu genehmigen sei. Generell sei jedoch der ASP dasjenige Gremium, das sich mit derartigen grundlegenden Fragen befassen solle.

Der ASP begrüßte einstimmig den Vorschlag, eine Intranet-Website mit dem Namen „INSite“ für das ESS einzurichten. Die ASP-Mitglieder und Eurostat werden in diesem Portal ihre eigenen statistischen Systeme vorstellen. Deutschland wird sich aktiv an diesen Arbeiten beteiligen.

Der ASP diskutierte auch wichtige Themen des Statistikausschusses der OECD (CSTAT), der im Juni 2007 in Genf tagte, um im Vorfeld möglichst eine gemeinsame EU-Position festzulegen. Im Vordergrund standen die Einrichtung eines High Level Gremiums auf UN-Ebene zur Zukunft der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen sowie das OECD Weltforum „Statistics, Knowledge and Policy“, das vom 27. bis 30. Juni 2007 in Istanbul stattfand.

Schließlich befasste sich der ASP mit der Umsetzung des so genannten Krakauer Aktionsplans. Hintergrund: Auf der 92. DGINS-Konferenz in Krakau (21. bis 22. September 2006) wurde über eine Reihe von Vorschlägen zur Weiterentwicklung des ESS und seiner Arbeitsmethoden diskutiert. Nach einer Konsultation der Mitgliedstaaten über die Umsetzung dieser Vorschläge erstellten die Niederlande, Deutschland und das Vereinigte Königreich einen ersten Entwurf für einen Aktionsplan von Krakau. Auf seiner Sitzung am 15. Februar 2007 hatte der ASP der Einsetzung von drei Task Forces mit unterschiedlicher Zielsetzung zugestimmt:

- Task Force 1 „Rechtlicher und institutioneller Rahmen“
- Taskforce 2 „Herausforderungen in der Statistik“,
- Task Force 3 „ESS-Ressourcenmanagement und Programmplanung“.

Das Statistische Bundesamt ist Mitglied in allen drei Task Forces; Präsident Radermacher ist Co-Vorsitzender der Task Force 3. Die ASP-Mitglieder nahmen die ersten Ergebnisse der Task Force 1 zur Kenntnis und verabschiedeten die Terms of Reference der beiden anderen Task Forces. Die Arbeiten der Task Force 1 an der Überarbeitung der Verordnung über die Gemeinschaftsstatistik 322/97 sollen schnell voranschreiten. Bereits in der nächsten ASP-Sitzung am 19. September 2007 beabsichtigt die Kommission, einen fertigen Gesetzentwurf zu diskutieren.

Konferenz Europäischer Statistiker (CES)

Vom 11. bis 13. Juni 2007 fand unter dem Vorsitz von Katherine Wallman, USA, die 55. Plenarsitzung der Konferenz Europäischer Statistiker (CES) in Genf statt. Die CES

ist ein hochrangiges Statistikgremium der Regionalkommission der UN für Europa und nimmt eine Zwischenstellung zwischen UN- und EU-Ebene ein. Sie berät in ihren jährlichen Sitzungen u. a. über das Statistische Arbeitsprogramm der Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für Europa (ECE). Daneben konzentrieren sich die CES-Sitzungen jeweils auf zwei Seminar-Themen, die unter Beteiligung der Mitgliedstaaten gewählt werden. Die Leiterin des finnischen Statistikamtes Heli Jeskanen-Sundström wurde zur neuen Vorsitzenden des CES-Büros gewählt, Walter Radermacher für zwei Jahre zum Mitglied des CES-Büros.

Dieses Jahr standen die Themen „Increasing the Efficiency and Productivity of Statistical Offices“ und „Measuring Capital – beyond the traditional Measures“ auf der Tagesordnung. Der Vorsitz der Sitzung „Effektivität statistischer Programme“ lag bei Präsident Radermacher. Das Statistische Bundesamt stellte u.a. das Planungsinstrument „Produktportfolio“ vor und skizzierte Möglichkeiten, dieses weiter zu entwickeln. Statistik Kanada präsentierte sein über lange Jahre entwickeltes Planungssystem. Hervorzuheben an dem kanadischen Planungssystem sind Mechanismen zur Anschubfinanzierung von Effizienzprojekten (Arbeitseinheiten können einen „Vorschuss“ auf die durch eine Maßnahme zu erwartende Einsparung erhalten), sowie der institutionalisierte Zugang der Amtsleitung zu hochrangigen Gremien der Politik (Staatssekretärsrunde).

Im Rahmen des zweiten CES-Seminars „Messung des Kapitals – über die traditionellen Messungen hinaus“ führte Präsident Radermacher als Diskutant in das Thema „Grenzen der Kapitalisierung im System of National Accounts 1993“ ein. Den Vorsitz in diesem Seminar hatte Israel. In der Sitzung wurde deutlich, dass es nicht mehr um das ‚Ob‘, sondern nur noch um das ‚Wie‘ der Kapitalisierung von Forschung und Entwicklung (F&E) geht. Dabei können mit den zunächst aufzustellenden Satellitensystemen zu F&E wertvolle Erfahrungen gesammelt werden. Im Hinblick auf die Messung des Umweltkapitals forderte Prof. Nordhaus (USA) in seiner Einführungsrede die monetäre Erfassung der Umweltverschmutzung im Rahmen eines „wahren“ oder „grünen“ Sozialprodukts. Präsident Radermacher wies auf die Probleme einer solchen Erfassung hin und machte deutlich, dass inzwischen internationale Erfahrungen zeigten, dass auch mit physischen Daten wertvolle Informationen als Grundlage für politische Entscheidungen generiert werden können. In weiteren Sitzungen

des Seminars ging es um die Messung von Human- und Sozialkapital, wobei sich ersteres im Frühstadium experimenteller Berechnungen befindet und die Einbeziehung des letzteren in die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen noch in weiter Ferne liegt.

Neben den beiden Seminarthemen standen auch andere Fachthemen auf der Tagesordnung. Die CES wurde beispielsweise über aktuelle Arbeiten im Bereich Bevölkerungsstatistik, Gesundheitsstatistik und Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen informiert.

Im Oktober 2007 wird sich das CES-Büro mit folgenden Themen näher befassen und hierüber der CES-Tagung im Juni 2008 berichten: „Einkommen, Lebensbedingungen und Armut“ sowie „Coordination within statistical systems, including discussion on coordination arrangements between NSO's, central banks and ministries of finance“. Im Februar 2008 wird sich das CES-Büro intensiv mit den folgenden beiden Themen befassen und hierüber der CES-Tagung im Juni 2008 berichten: „Coordination of international statistical work“ sowie „Gender and special population groups“.

Die nächste CES-Sitzung findet voraussichtlich im Juni 2008 in Paris statt. Folgende Seminarthemen werden auf der Tagesordnung stehen: „Measuring population movement and integration in a globalized world“ and „Strategic issues linked to the measurement of international transactions“.

Sitzung des „OECD-Statistikausschusses“

Am 13. und 14. Juni 2007 tagte zum vierten Mal der OECD-Statistikausschuss („Committee on Statistics“) unter der Leitung von Dr. Ivan Fellegi, dem Leiter des kanadischen Statistischen Amtes. Noch bis 2008 ist Walter Radermacher stellvertretender Vorsitzender im Büro des OECD-Statistikausschusses.

Die OECD versteht sich als Brücke zwischen Nordamerika, Asien und Europa. Im April 2004 hat der OECD-Rat ein „Committee on Statistics“ (=OECD-Statistikausschuss) auf Amtsleiterebene eingerichtet, durch das der Statistikbereich der OECD aufgewertet und gestärkt wurde. Der Ausschuss tagt einmal jährlich (wechselnd in Genf und Paris) nach der Sitzung der CES (Konferenz Europäischer Statistiker innerhalb der UN). Wichtigste Aufgaben des OECD-Statistikausschusses sind:

- Empfehlungen zur Ausrichtung der Statistikpolitik der OECD,
- Sicherstellung hoher Qualitätsstandards der OECD-Statistiken,
- Genehmigung methodologischer Empfehlungen und Annahme gemeinsamer Standards,
- Budget- und Programmplanung.

Präsident Radermacher präsentierte Vorschläge zur Festbeschreibung der Aufgaben und Arbeitsinhalte (terms of reference) des von der UN Statistical Commission im Februar 2007 beschlossenen High Level Gremiums zur Weiterentwicklung des Systems of National Accounts (SNA). Das High Level Gremium wird in der Sitzung der UN Statistical Commission im Februar 2008 offiziell eingesetzt. Das Statistische Bundesamt hat sich bereit erklärt, mitzuwirken.

Sehr lebhaft war die Diskussion über den Sinn und das Follow-up des OECD Weltforum „Statistics, Knowledge and Policy“, das vom 27. bis 30. Juni 2007 in Istanbul stattgefunden hat. Im Vordergrund standen Indikatorensysteme zur Messung des gesellschaftlichen Fortschritts. Die Mitgliedstaaten bemängelten, dass die OECD im Vorfeld der Veranstaltung die Statistischen Ämter zu wenig einbezogen habe und das Ziel und die weitere Umsetzung des Projektes noch relativ unklar seien. Der OECD-Statistikausschuss wollte daher nicht die Verantwortung für das Projekt übernehmen, empfahl aber die Einrichtung einer Friends of the Chair Group, die die Umsetzung des Projektes begleiten soll. Präsident Radermacher erklärte sich bereit, in der Friends of the Chair Group mitzuwirken.

Die OECD stellte ihre aktuellen Planungen zur Weiterentwicklung und Verbesserung der Verbreitungspolitik der OECD vor. Die Mitglieder begrüßten das Dokument, das auch wertvolle Impulse für die Statistikämter der Mitgliedstaaten geben kann. Auf großes Interesse stieß eine Präsentation der Firma „Swivel“, die im Internet ein aktives Arbeiten mit statistischen Daten anbietet. Da der Nutzer zum Teil die generierten Daten nicht mehr von den offiziellen unterscheiden kann, stieß dieses Produkt auf geteilte Meinung bei den Mitgliedstaaten.

Die Mitgliedstaaten begrüßten im Grundsatz das Vorhaben der OECD, einen eigenen OECD-Arbeitsbereich für Mikrodaten einzurichten, um als Anlaufstelle für internationale Forscher zu dienen. Doppelarbeit mit dem Europäischen Statistischen System sei aber zu vermeiden. Eurostat betonte, dass es rechtlich nicht möglich sei, dass die OECD

Mikrodaten der EU-Mitgliedstaaten vorhalte (Ausnahme: Public Use Files, die für jeden zugänglich sind). Als mittelfristige Lösung für internationale Forscher (auch im Bereich der OECD) bietet sich die kontrollierte Datenfernverarbeitung von Mikrodaten an.

Der OECD-Statistikausschuss stimmte zu, die beiden Expertengruppen „Außenhandelsstatistik“ und „Internationaler Handel“ in eine Arbeitsgruppe mit dem Titel „Internationaler Handel mit Gütern und Dienstleistungen“ umzuwandeln. Für die Jahre 2007/2008 plant die OECD Statistikabteilung, folgende Quality reviews durchzuführen: Unternehmensstrukturstatistik, PISA sowie Statistiken über Pensionsfonds und Versicherungen.

Der für die PISA-Studie verantwortliche OECD-Vertreter stellte das Projekt PIAAC (Programme for the International Assessment of Adult Competences) vor, bei dem die Kompetenzen von Erwachsenen gemessen werden sollen. Die Erhebung, populär auch „PISA für Erwachsene“ genannt, ist für die Jahre 2009, 2014 und 2019 geplant.

Die Zahl der Teilnehmer an den Sitzungen des OECD-Statistikausschusses wächst. Die Mitgliedstaaten stimmten einvernehmlich den Vorschlägen zu, an die Beitrittsländer Israel und Estland den Status des „regular observer“ im Statistikausschuss zu vergeben. Indonesien soll – abhängig vom Verlauf der Gespräche mit den nationalen statistischen Einrichtungen – als „ad hoc observer“ zur nächsten Sitzung des OECD-Statistikausschusses eingeladen werden, die voraussichtlich im Juni 2008 in Paris stattfinden wird.

2. OECD World Forum in Istanbul „Measuring and Fostering the Progress of Societies“

Die Messung von Fortschritten sowie die Qualität von Statistiken waren Schwerpunkte des zweiten OECD Welt Forums vom 27. bis 30. Juni 2007 in Istanbul einem follow up eines ersten Weltforums im November 2004 in Palermo, bei dem Schlüsselindikatoren im Mittelpunkt standen. Rund 1000 Teilnehmer (Politiker, Wirtschaftler und Wissenschaftler) aus 150 Ländern diskutierten gemeinsam mit Statistikern, wie sich Daten der amtlichen Statistik weiter verbessern lassen, welche neuen Schwerpunkte besetzt werden sollen und wie die Nutzer noch besser über die Ergebnisse informiert werden können. Nach einer Begrüßungsansprache durch den türkischen Ministerpräsi-

denten Recep Tayyip Erdogan wurden in zahlreichen parallelen Sitzungen im Wechsel mit Plenarveranstaltungen diese verschiedenen Aspekte vertieft. Ziel war einmal aufbauend auf den Millennium Development Goals der Vereinten Nationen in enger Zusammenarbeit mit der OECD herauszufinden, welche weiteren Schwerpunkte die Nutzer sehen. Ebenso bedeutsam war zum anderen die Frage, ob und wie statistische Informationen genutzt werden. In einer letzten Plenarveranstaltung unter Vorsitz von Präsident Walter Radermacher wurde erörtert, welcher Stellenwert und welche Rolle statistischen Informationen in der Wissensgesellschaft zukommt. Dabei wurde deutlich, dass sie unerlässlich sind für eine zeitgemäße Planung, Entscheidungsvorbereitung und Kontrolle auf dem Weg zu einer zukunftsorientierten und nachhaltigen Entwicklung. Unter dieser Internet-Adresse www.oecd.org/site/0,3407,en_21571361_31938349_1_1_1_1_1,00.html finden Sie weitere Informationen.

Besuch einer chinesischen Delegation

Commissioner Xie Fuzhan ist seit Oktober 2006 neuer Leiter des chinesischen Statistikamtes (NBS). In dieser Funktion besuchte er vom 4. bis 12. Juni 2007 zum ersten Mal Deutschland und das Statistische Bundesamt in Wiesbaden. Begleitet wurde er von fünf leitenden Mitarbeitern aus verschiedenen Fachbereichen. Hauptthema des Besuches war die VGR auf Bundes- und regionaler Ebene.

Nach der Begrüßung gab Präsident Walter Radermacher einen Überblick über die bisherige Kooperation mit China sowie einen Ausblick auf die künftigen Vorhaben. Hierzu zählen insbesondere die laufenden Projekte in den Bereichen statistische Gesetzgebung, Preisstatistik und Sozialstatistiken. Weiterhin ist das Amt in der deutsch-chinesischen Arbeitsgruppe Handelsstatistik vertreten. Anschließend erhielten die Gäste einen Überblick über die methodischen Grundlagen der VGR in Deutschland und der regionalen VGR. Letzteres Thema wurde bei den Besuchen der Landesämter in Baden-Württemberg und Bayern in anschaulichen Vorträgen und lebhaften Diskussionen vertieft. Besonders interessiert waren die Gäste auch an der Vorstellung unseres Internetangebotes sowie der Datenbank Genesis.

Der Besuch beim Statistischen Landesamt Hessen fand in den Räumen der Hessischen Staatskanzlei statt. Dies gab auch Gelegenheit zu einem kurzen Gespräch mit dem

Leiter der Staatskanzlei, Staatsminister Stefan Grütznert, Eckart Hohmann, Präsident des Statistischen Landesamtes Hessen, erläuterte den Gästen die Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern auf dem Gebiet der Statistik und wies auf die guten bilateralen Kontakte auch seines Amtes zum NBS hin.

In Berlin fand beim BMI ein Gespräch mit Staatssekretär Johann Hahlen zu allgemeinen Fragen der Kooperation auf dem Gebiet der Statistik zwischen Deutschland und China sowie zu innenpolitischen Grundsatzfragen zur Statistik statt. Beim BMWi waren die Wirtschaftsbeziehungen zwischen Deutschland und China sowie die deutsch-chinesische Arbeitsgruppe Handelsstatistik Gesprächsthema.

Nach Abschluss eines erfolgreichen Besuchs in Deutschland reiste die Delegation am 12. Juni 2007 weiter nach Wien zu Statistics Austria, wo ebenfalls VGR und Veröffentlichungen Thema waren.

Strategie- und Programmplan des Statistischen Bundesamtes 2007-2011

Der dritte Strategie- und Programmplan weist den Weg des Statistischen Bundesamtes ins kommende Jahrzehnt. Bürgerinnen und Bürger, Regierung, Parlament und Wissenschaft erwarten viel von der amtlichen Statistik: Sie soll die immer komplizierteren gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und ökologischen Zusammenhänge, die unser Leben bestimmen, erklären oder doch wenigstens sichtbar machen. Der Bedarf an Informationen ist so groß, wie unsere Welt komplex ist.

Gleichzeitig soll es weniger – viel weniger – kosten als heute, diese Informationen herzustellen. Um diesen Zielkonflikt zu meistern, muss das Statistische Bundesamt sein Arbeitsprogramm langfristig, also strategisch, planen. Planen heißt Prioritäten setzen.

In Kapitel drei listet der vorliegende dritte Strategie- und Programmplan alle Produkte auf, welche die verschiedenen Arbeitseinheiten im Statistischen Bundesamt bereitstellen. Wir zeigen, was es kostet, diese Produkte bereitstellen und auch, wie wir die verschiedenen „Produktklassen“ in den nächsten Jahren durch zusätzliche Maßnahmen verbessern möchten.

Die amtliche Statistik steht in Deutschland vor den vielleicht größten Reformen seit Gründung der Bundesrepublik. Diese Reform geschieht auf vielen Feldern: Unterneh-

mensstatistik, Haushaltsstatistiken, Gesamtrechnungssysteme, Steuerstatistik und schließlich in der Kooperation der statistischen Ämter. Manche andere Länder haben Teile dieser Reformen schon vollzogen. Im Jahr 2011, in das dieser Strategie- und Programmplan weist, wird – und muss – auch Deutschland auf diesem Reformweg ein gutes Stück weiter sein.

Eine gedruckte Fassung des Strategie- und Programmplans steht seit Juni 2007 zur Verfügung. Die Veröffentlichung ist über den Publikationsservice (früher „Statistik-Shop“) (www.destatis.de -> Publikationen) und die Internetseite „Über uns“ erhältlich.

Innovationspreis 2007

Das Statistische Bundesamt hat im Rahmen der Qualitätssteigerung der Kunden- und Nutzerbeziehungen und zur Imageförderung zum dritten Mal einen Preis für innovative Produkte und Serviceleistungen vergeben. Für den Innovationspreis 2007 wurde von einer Jury des Statistischen Beirats das Arbeitsteam „Paneldaten der Steuerstatistiken“ im Statistischen Bundesamt als Preisträger ausgewählt.

Die Jury honoriert mit dieser Entscheidung, dass das Team in den Umsatz- und Einkommensteuerstatistiken neue Maßstäbe im Hinblick auf das Angebot an Längsschnittdaten gesetzt und durch neue Auswertungsmöglichkeiten einen wichtigen Beitrag zur Steigerung des Nutzwertes amtlicher Daten in Politik und Wissenschaft geleistet hat.

Die Daten der Umsatz- und Einkommensteuerstatistiken können über Identifikatoren jahresübergreifend verknüpft und über mehrere Jahre hinweg ausgewertet werden. Die dabei entstandenen Panels (Taxpayer-Panel und Umsatzsteuer-Panel) sind aufgrund der Vielzahl an Datensätzen und Merkmalen der Steuerpflichtigen einzigartig. Eine jährliche Fortschreibung der Paneldaten ist geplant.

Das Team erhielt einen Pokal und die Preisträgerin und die Preisträger eine persönliche Urkunde sowie eine Armbanduhr mit dem „Destatis-Logo“.

Elektronische Informationsangebote und Veröffentlichungen

Statistisches Bundesamt mit neuem Internet-auftritt

Seit dem 12. Juni 2007 präsentiert sich das Statistische Bundesamt unter der bekannten Adresse www.destatis.de mit einem veränderten Erscheinungsbild und mit neuen Funktionalitäten.



Eine stärker themenorientierte Navigation mit Verknüpfung aller thematischen Zusammenhänge hat die Übersicht über das breite und vielfältige Informationsangebot des Statistischen Bundesamtes deutlich erhöht. Von der Startseite aus sind die fünf Top-Themen erreichbar, alle anderen Themen erreicht man über die Folgeseite – abgesehen von den Querschnittsthemen „Internationales“ und „Regionales“ – in alphabetischer Reihenfolge. Eine flache Navigationsstruktur soll das Auffinden der gewünschten Information mit wenigen Klicks ermöglichen. Sollte dies einmal nicht gelingen, hilft eine deutlich verbesserte Suche weiter. Zu den Neuerungen zählt auch die Umsetzung der Vorgaben der „Barrierefreien Informationstechnik-Verordnung (BITV)“.

Der Statistik-Shop ist in Publikationsservice umbenannt worden. Hier können weiterhin die kostenpflichtigen Veröffentlichungen bestellt und fast alle Publikationen kostenfrei heruntergeladen werden. Sie finden ihn in der Rubrik „Service“ unter „Publikationen“. Die Datenbanken bleiben direkt von der Startseite aus erreichbar, ebenso wie der Zugang zu den Online-Erhebungen.

Die Startseite www.destatis.de informiert wie bisher tagesaktuell über Pressemitteilungen, Neuerscheinungen und sonstige aktuelle Meldungen aus der Welt der Statistik.

Durch die technischen Neuerungen stehen den Besuchern der Website künftig noch mehr Informationen und Inhalte zur Verfügung.

Jahresbericht 2006 des Statistischen Bundesamtes

Mit der vierten Ausgabe des Jahresberichts dokumentiert das Statistische Bundesamt schwerpunktmäßig den Stand



und die Entwicklung seines Leistungsangebotes im Jahr 2006. Zwei Interviews mit externen Fachleuten vermitteln Hintergrundwissen zu Themen aus der aktuellen politischen Diskussion. Ein eigenes Kapitel zur Verwaltungsmodernisierung gibt Aufschluss darüber, unter welchen Rahmenbedingungen Aufgaben und Dienstleistungen des Statistischen Bundesamtes erbracht wurden.

Experten des Hauses haben sich mit Anforderungen auseinandergesetzt, die künftig an die amtliche Statistik gestellt werden: der Globalisierung und dem zunehmend spürbaren demografischen Wandel, einer Umweltökonomischen Gesamtrechnung, welche die Abhängigkeit von Wirtschaftsleistung und Umweltverbrauch verdeutlicht, und dem Übergang zu einer Wissensgesellschaft, die eine Weiterentwicklung des statistischen Informationsangebotes erfordern wird.

Eines der zentralen Projekte der amtlichen Statistik in den kommenden Jahren wird die geplante erste registergestützte Volkszählung sein, die wesentlich belastungsärmer und kostengünstiger ausfallen wird als eine herkömmliche Zählung.

Auch die Reform der Unternehmensstatistiken soll in wenigen Jahren abgeschlossen sein. Eine registergestützte Statistik eröffnet den Weg zu höherer Produktqualität bei gleichzeitiger Begrenzung der Belastung von Auskunftspflichtigen auf ein Minimum.

Die Bundesregierung hat im April 2006 beschlossen, das in mehreren europäischen Ländern bereits etablierte Standardkosten-Modell auch in Deutschland einzuführen. Mit diesem Modell sollen subjektive Einschätzungen zur Bürokratielast durch objektive Messungen ersetzt werden. Das Statistische Bundesamt ist mit der praktischen Umsetzung beauftragt worden.

Mit einer Vielzahl von relevanten Informationen leistete das Statistische Bundesamt seinen Beitrag zu den aktuellen Themen der politischen Reformdiskussion: mit neuen Modellrechnungen zur Bevölkerungsentwicklung, einer Bestandsaufnahme des Bildungswesens, Armutsindikatoren aus der Gemeinschaftsstatistik der Europäischen Union, einem Preismonitor zur Mehrwertsteuererhöhung, mit Daten zur Verwendung klimawirksamer Stoffe und einer Waldgesamtrechnung, mit auf den heutigen Informationsbedarf zugeschnittenen Ergebnissen über Arbeitskosten und Verdienste, einem erweiterten Datenangebot zur Kindertagesbetreuung und neuen Erzeugerpreisindizes für den Dienstleistungsbereich.

Der Jahresbericht richtet sich an Entscheidungsträger in Politik und Verwaltung, an Journalisten sowie an interessierte Bürgerinnen und Bürger. Im Internet-Angebot des Statistischen Bundesamtes (www.destatis.de) ist er in der Rubrik „Über uns“ zu finden.

Grundsatzfragen der Bundes- und Internationalen Statistik, Informationsverbreitung

7. Wissenschaftliche Tagung „Qualitätsmanagement und Qualitätssicherung“

Das Statistische Bundesamt veranstaltet seit 1995 gemeinsam mit dem ADM Arbeitskreis Deutscher Markt- und Sozialforschungsinstitute e.V. und der Arbeitsgemeinschaft Sozialwissenschaftlicher Institute e.V. (ASI) im zweijährigen Turnus gemeinsame wissenschaftliche Tagungen. Die diesjährige siebte gemeinsame Tagung fand am 28. und 29. Juni 2007 in Wiesbaden statt und war dem Thema „Qualitätsmanagement und Qualitätssicherung“ gewidmet. Die Veranstaltung wurde von Dr. Manfred Ehling, dem Leiter des Instituts für Forschung und Entwicklung in der Bundesstatistik beim Statistischen Bundesamt, moderiert.

Nach der Begrüßung durch den Präsidenten des Statistischen Bundesamtes, Walter Radermacher, führte Dr. Ehling in das Thema mit einem Vortrag über das Management von Datenqualität ein.

Es folgte Dr. Holger Mühlbauer vom Deutschen Institut für Normung e.V. (DIN), Berlin, mit einem Bericht über die Entstehung der Norm DIN ISO 20252 „Markt-, Meinungs- und Sozialforschung“. Anschließend stellte Erich Wiegand, Geschäftsführer des ADM, Frankfurt am Main, die Standards und Normen in der Markt- und Sozialforschung vor. Olaf Hofmann von der Deutschen Gesellschaft für Online-Forschung e. V., Hürth, informierte über Qualitätsstandards bei Access Panels und ging dabei auch speziell auf die Entstehung der ISO-Norm für Access-Panels ein. Dr. Silke I. Keil und Dr. Katja Neller von der Universität Stuttgart referierten gemeinsam über die Organisation und die Hauptelemente der Ex-ante-Qualitätskontrolle im European Social Survey. In einem Vortrag erläuterte Michael Pusler von Hubert Burda Media, München, die Qualitätsanforderungen der Auftraggeber in der Medienwirtschaft (Verlage)

an die Umfrageforschung. Den Abschluss des ersten Veranstaltungstages bildete der Vortrag von Ulrike Timm vom Statistischen Bundesamt. Sie stellte das Handbuch zur Bewertung von Datenqualität in der amtlichen Statistik vor, das einen Überblick über die derzeit gebräuchlichen Qualitätsbewertungsmethoden und -instrumente enthält und Empfehlungen gibt, wie diese Instrumente und Methoden im Prozess der Datenproduktion einzusetzen und gegebenenfalls miteinander zu kombinieren sind.

Zu Beginn des zweiten Tages stellte Martina Hahn von Eurostat den Code of Practice des Europäischen Statistischen Systems vor. Christine Buchwald und Katja Lukanow vom Zentrum für Sozialforschung Halle e. V. an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg gaben einen detaillierten Einblick in die Möglichkeiten der Qualitätskontrolle bei Telefoninterviews. Der Vorstandsvorsitzende des ADM Arbeitskreis Deutscher Markt- und Sozialforschungsinstitute e. V., Hartmut Scheffler, berichtete über Aus- und Weiterbildung als Instrument der Qualitätssicherung. Dabei stellte er unter anderem den neu geschaffenen und erstmals seit 1. August 2006 angebotenen Ausbildungsberuf „Fachangestellte(r) für Markt- und Sozialforschung“ vor.

Zum Abschluss der wissenschaftlichen Tagung beschrieb Dr. Harriet Köstner von der Forschungswerk GmbH, Nürnberg, Anforderungen und Nutzen der Zertifizierung in der Markt- und Sozialforschung und erläuterte den Prozess einer Zertifizierung.

Der Tagungsband mit den Beiträgen dieser wissenschaftlichen Tagung wird in der vom Informationszentrum Sozialwissenschaften (IZ) herausgegebenen Reihe „Tagungsberichte“ veröffentlicht; dieser Tagungsband wird voraussichtlich im Herbst 2007 verfügbar sein. In dieser Reihe sind auch die Berichte der beiden vergangenen gemeinsamen wissenschaftlichen Tagungen zu „Onlineerhebungen“ sowie zu „Datenfusion und Datenintegration“ erschienen; Informationen zu diesen Tagungsberichten finden sie unter: www.gesis.org/Information/Forschungsuebersichten/index.htm.

Nutzerworkshop „Betriebs- und Unternehmensdaten im Längsschnitt - Neue Datenangebote und ihre Forschungspotenziale“

In Tübingen fand am 14. und 15. Juni 2007 im Rahmen des Projektes „Wirtschaftsstatistische Paneldaten und faktische Anonymisierung“ eine Nutzerkonferenz mit dem Titel

„Betriebs- und Unternehmensdaten im Längsschnitt - Neue Datenangebote und ihre Forschungspotenziale“ statt, die bei allen Teilnehmern auf ein reges Interesse stieß. Ausgerichtet wurde die Konferenz vom Institut für Angewandte Wirtschaftsforschung, das neben dem Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, dem Forschungsdatenzentrum der Statistischen Landesämter und dem Forschungsdatenzentrum des Statistischen Bundesamtes Projektpartner bei dem Vorhaben der faktischen Anonymisierung von wirtschaftsstatistischen Paneldaten ist.

In Tübingen wurden die neuen Paneldatenangebote der amtlichen Statistik aus dem Bereich der Wirtschaftsstatistik erstmalig einem breiten Publikum aus Wissenschaft und Forschung vorgestellt. Die Datenangebote umfassen unter anderem Längsschnittverknüpfungen der Kostenstrukturerhebung, der Monatsberichte und der Investitionserhebung im Verarbeitenden Gewerbe für die Jahre von 1995 bis 2004. Weiterhin wurde das neue Längsschnittdatenmaterial der Umsatzsteuerstatistik für die Jahre 2000 bis 2004 präsentiert.

Neben den Forschungspotenzialen der Daten wurden die Besonderheiten, die es bei der Anonymisierung von längsschnittverknüpften Daten zu berücksichtigen gilt, in mehreren Vorträgen diskutiert.

Das Projekt „Wirtschaftsstatistische Paneldaten und faktische Anonymisierung“ hat bereits nach der Hälfte seiner Laufzeit das Datenangebot der amtlichen Statistik um wirtschaftsstatistische Paneldaten in Form des Zugangs zur kontrollierten Datenfernverarbeitung und zum Gastwissenschaftlerarbeitsplatz ergänzt und hat das Ziel, die Paneldaten nach erfolgreichem Projektabschluss als Scientific Use File, für Analysen am eigenen Arbeitsplatz, für die Wissenschaft anzubieten.

Um die Forscher für den Umgang mit anonymisiertem Datenmaterial zu sensibilisieren und zu schulen, findet am 8. und 9. November 2007 der Workshop „Methodical aspects of the anonymisation of panel data“ im Institut für Angewandte Wirtschaftsforschung in Tübingen statt, bei dem es hauptsächlich um die Auswirkung datenverändernder Anonymisierungsmaßnahmen auf die Ergebnisse geht. Weitere Informationen finden Sie im Internet unter www.iaw.edu/de/projekte.html.

Workshop „Dateninfrastruktur, Forschung, Politikberatung“

Am 21./22. Juni 2007 luden die Forschungsdatenzentren der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder gemeinsam mit der Arbeitsgemeinschaft deutscher wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute e.V. (ARGE) in Berlin zu einem ersten gemeinsamen Workshop ein. Die Veranstaltung mit dem Titel „Dateninfrastruktur, Forschung, Politikberatung“ wurde von über 100 Teilnehmern besucht. Ziel der Veranstaltung war, Potenziale einer transparenten informationellen Infrastruktur sowohl für die Forschung, als auch für die Politikberatung zu erläutern und beispielhaft zu präsentieren. Nach der Eröffnungsrede von Staatssekretär Dr. Walter Otremba (BMW) folgte ein Grundsatzreferat von Prof. Dr. Christoph Schmidt (stellvertretender Vorsitzender der ARGE Institute) mit dem Titel „Wissenschaft und Politikberatung in Deutschland“. Unter der Moderation von Prof. Dr. Klaus Zimmermann (Präsident des DIW Berlin; Direktor des IZA) stellten Dr. Sylvia Zühlke (Leiterin des FDZ der Statistischen Landesämter) und Dr. Markus Zwick (Leiter des FDZ des Statistischen Bundesamtes) das Forschungsdatenzentrum der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder vor. Die Funktion und Leistungen des internationalen Datenservicezentrums für arbeitsmarktrelevante Daten am Forschungsinstitut zur Zukunft der Arbeit (IIZA) wurden von Dr. Hilmar Schneider erläutert. Das ifo (Institut für Wirtschaftsforschung in München) referierte über den Bestand, die Verwendung und den neuen Zugangsmöglichkeiten zu den Mikrodaten der Unternehmensbefragungen (Konjunkturtest, Investitionstest, Innovationstest).

Exemplarische Forschungsergebnisse, die auf der Grundlage amtlicher Daten entstanden sind, wurden in den Bereichen der Unternehmenspolitik, der Steuer- und Finanzpolitik und auch der Arbeitsmarktpolitik präsentiert. Prof. Dr. Bernd Görzig (DIW Berlin) stellte die Ergebnisse einer vergleichenden Analyse mit Mikrodaten vor, welche sich mit Produktdiversifizierungen west- und ostdeutscher Unternehmen befasst. Wolf Dieter Heinbach (IAW Tübingen) legte in seinem Vortrag die tarifvertraglichen Effekte auf die Lohndifferenzen der Arbeitnehmer dar und Nadine Riedel (LMU München) diskutierte ein Modell von Steueratzänderungen im Hinblick auf Gewinne und Investitionen von Unternehmen. Nachdem Dr. Stefan Bach (DIW Berlin) über die Mikrodaten in der Steuerstatistik und deren Verwendung in der konkreten Politikberatung gegenüber dem Bundesfinanzministerium referierte, stellte Susan Kriete-

Dodds (Statistisches Bundesamt) erste Ergebnisse auf der Grundlage des Tax-Payer Panel vor. Im Bereich der Arbeitsmarktpolitik erläuterte Dr. John Haisken-DeNew die Mehrdimensionalität sozialer Ausgrenzung und deren Messbarkeit.

Die inhaltliche Vielfalt der Vorträge trug zu einem differenzierten Überblick über die Nachfrage an amtlichen Daten für eine fundierte Politikberatung bei. Auch wurde resümiert, dass den Forschungsdatenzentren in ihrer Funktion als zentrale Informationsanbieter ein hoher Stellenwert im Zusammenspiel von Forschung und Politikberatung beizumessen ist.

Gesamtrechnungen, Arbeitsmarkt

34. Tagung des Arbeitskreises „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“

Die 34. Tagung des Arbeitskreises „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“ (AK VGR d L) fand vom 19. bis 20. April 2007 in München statt. Als externer Referent nahm Herr Prof. Dr. Alfred Franz, ehemals Statistik Austria, mit einem Vortrag zum Thema „Regionalrechnung und Exhaustiveness (Vollständigkeit des BIP)“ teil.

Der Arbeitskreis befasste sich intensiv mit den Maßnahmen zur Qualitätsverbesserung der regionalen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. Neben Initiativen, Beschlüssen und konkreten Handlungsanweisungen zur Methodenverbesserung diskutierte der Arbeitskreis Fragen bzgl. Verwaltungsdatenverwendung, Konjunkturstatistik im Dienstleistungsbereich und Unternehmensregistersystem. Von besonderem Gewicht waren des Weiteren die Beratungen zum neuen ESGV-Lieferprogramm bzw. der nach neuer NACE zu liefernden Branchenstruktur. Die neuerlich eingesetzte Arbeitsgruppe „Revision“ wird sich zunächst schwerpunktmäßig mit der Einführung der WZ 2008 befassen.

Aus Gründen der Kundenfreundlichkeit wird der Arbeitskreis sein Internetangebot qualitativ weiter ausbauen und künftig die Aufsätze der Arbeitskreismitglieder unter www.vgrdl.de anbieten. Im Frühsommer 2007 wird der Arbeitskreis ein neues Falblatt mit den wichtigsten Ergebnissen der 3-Seiten-Rechnung herausgeben, das jeweils jährlich aktualisiert wird.

Die 35. Tagung des Arbeitskreises „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“ wird vom 18.-19. Oktober 2007 in der Brandenburgischen Landesvertretung in Berlin stattfinden und vom Amt für Statistik Berlin-Brandenburg ausgerichtet.

Broschüre „Umweltdaten Deutschland“: „Nachhaltig wirtschaften – Natürliche Ressourcen und Umwelt schonen“

So lautet der Titel der neuen Ausgabe der Broschürenreihe „Umweltdaten Deutschland“, die das Umweltbundesamt, die Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe sowie das Statistische Bundesamt gemeinsam herausgeben. Die aktuelle Ausgabe setzt inhaltlich neue Akzente, denn erstmals behandelt sie nur ein Leitthema des sechsten Umweltaktionsprogramms der Europäischen Gemeinschaft: die Nutzung natürlicher Ressourcen – etwa von Rohstoffen, Energieträgern, Wasser und Flächen. Die Publikation bietet mit rund 80 Beiträgen einen Blick auf die Bereitstellung natürlicher Ressourcen, die nötig sind, um den täglichen Bedarf in Deutschland zu decken. Kennzahlen und Trends zeigen, an welcher Stelle der Bereitstellungs-, Produktions- und Konsummuster sich Effizienzgewinne abzeichnen. Ebenso wird deutlich, wo sich die Ressourceneffizienz noch steigern lässt. Die Broschüre bietet u. a. auch umweltökonomische Analysen zu den Umweltindikatoren des kürzlich vom Statistischen Bundesamt veröffentlichten Indikatorenberichts 2006.

Die Broschüre kann dem Internetangebot des Statistischen Bundesamtes unter www.destatis.de, Pfad „Umwelt, Umweltökonomische Gesamtrechnungen, Publikationen, Gemeinschaftsveröffentlichungen mit Externen“ entnommen werden. Die Printversion ist über das Statistische Bundesamt, Gruppe III E „Umweltökonomische Gesamtrechnungen“, kostenfrei zu beziehen.

Nachhaltige Entwicklung in Deutschland – Indikatorenbericht 2006

Im April 2002 veröffentlichte die Bundesregierung unter dem Titel „Perspektiven für Deutschland“ ihre nationale Strategie für nachhaltige Entwicklung. Kernstück der Strategie sind 21 Indikatoren. Mit Hilfe dieser Indikatoren soll die Nachhaltigkeit der Entwicklung von Wirtschaft, Umwelt und Gesellschaft beobachtet werden. Zu den Indikatoren

wurden größtenteils quantitative Zielvorgaben formuliert, die als Messlatte dienen.

Der erste Fortschrittsbericht wurde im Jahr 2004 veröffentlicht. Mit der Erstellung des Indikatorenberichts 2006 beauftragte die Bundesregierung das Statistische Bundesamt.

Der größte Teil des den Indikatoren zugrunde liegenden Datenmaterials stammt aus der amtlichen Statistik. Mit den Umweltökonomischen Gesamtrechnungen verfügt die Statistik darüber hinaus über ein hervorragendes Instrumentarium, um Querbeziehungen zwischen wirtschaftlichen, umweltbezogenen und sozialen Indikatoren der Strategie systematisch zu untersuchen. Diese ganzheitliche Betrachtungsweise erlaubt insbesondere, unterschiedliche und zum Teil miteinander im Konflikt stehende Zielsetzungen der Nachhaltigkeitsstrategie gleichzeitig im Blick zu behalten.

Der Bericht wurde vom Statistischen Bundesamt in eigener Verantwortung erstellt. Er folgt dem Grundsatz einer neutralen und unabhängigen Berichterstattung. Die Erläuterungen zu den einzelnen Indikatoren beschränken sich deshalb auf eine statistische Analyse und verzichten bewusst auf eine politische Bewertung.

Das Statistische Bundesamt unterstützt eine faktenbasierte Nachhaltigkeitspolitik, indem es Daten und statistische Analysen über den Stand der deutschen Nachhaltigkeitsindikatoren zur Verfügung stellt sowie notwendige methodische Weiterentwicklungen der Indikatoren fachlich begleitet.

Der Indikatorenbericht ist auf der Internetseite des Statistischen Bundesamtes unter www.destatis.de abrufbar. Gedruckte Exemplare können angefordert werden unter:

Telefon: 06 11/75-45 85, Telefax: 06 11/75-39 71, E-Mail: ugr@destatis.de.

Harmonisierung der Saison- und Kalenderbereinigung in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen auf europäischer Ebene

Seit einiger Zeit gibt es auf europäischer Ebene wieder verstärkt Bestrebungen, die Saison- und Kalenderbereinigung zu harmonisieren, um die internationale Vergleichbarkeit der bereinigten nationalen Daten zu erhöhen. Zu diesem Zweck wurde Ende 2006 neben einer übergreifenden „Steering Group on Seasonal Adjustment“ unter anderem auch eine neue „Task Force on Seasonal Adjustment

of Quarterly National Accounts“ gegründet. Die Task Force wird vom Statistischen Amt der Europäischen Gemeinschaften (Eurostat) und der Europäischen Zentralbank gemeinsam geleitet und besteht aus insgesamt 27 Mitgliedern aus nationalen Statistikämtern, Nationalbanken und Wirtschaftsforschungsinstituten. Für Deutschland ist neben der Deutschen Bundesbank auch das Statistische Bundesamt in dieser Task Force vertreten.

Die Task Force hat sich im Februar 2007 in Luxemburg und am 23./24. April 2007 in Frankfurt am Main (in den Räumlichkeiten der Europäischen Zentralbank) getroffen. Für die zweite Jahreshälfte sind zwei weitere Treffen geplant, bevor Anfang 2008 der Abschlussbericht fertig gestellt werden soll.

Das Mandat der Task Force umfasst in erster Linie folgende Aufgaben:

- Die Empfehlungen der letzten Task Force zur Saisonbereinigung in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (2000 bis 2002) sollen überarbeitet und spezifiziert werden.
- Die Auswirkungen der Verkettung (als Folge des Übergangs von einer Festpreisbasis auf Vorjahrespreise) auf die Saisonbereinigung, insbesondere die Auswirkungen verschiedener Verkettungsverfahren, sollen untersucht und in die Empfehlungen eingearbeitet werden.
- Die Auswirkungen einer Kalenderbereinigung sollen untersucht und die Empfehlungen entsprechend ergänzt werden.

Die bisherigen Sitzungen haben gezeigt, wie groß die nationalen Unterschiede im Bereich der Saison- und Kalenderbereinigung noch immer sind. So werden nicht nur unterschiedliche Verfahren (vor allem Census X-12-ARIMA oder Tramo-Seats) verwendet, sondern es gibt auch sehr unterschiedliche nationale Vorgehensweisen, zum Beispiel in Bezug auf direkte versus indirekte Bereinigung, Jahressummenanpassung oder die Berechnung von Saison- und Kalenderfaktoren. Da solche Unterschiede die Ergebnisse sehr stark beeinflussen können, ist die Aussagekraft internationaler Vergleiche ohne eine Harmonisierung der Saison- und Kalenderbereinigung sehr eingeschränkt.

Eine Harmonisierung der Kalenderbereinigung ist auch deshalb wichtig, weil mit Inkrafttreten des revidierten ESVG-Lieferprogramms (voraussichtlich noch im Jahr 2007) neben saisonbereinigten Angaben auch einige nur kalenderbereinigte Angaben der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen verpflichtend werden.

Nutzung von Verwaltungsdaten der Bundesagentur für Arbeit – Einführung des Online-Verfahrens für die Beschäftigtenstatistik

Die Bundesagentur für Arbeit und die Statistischen Ämter des Bundes und der Länder haben im März 2007 vereinbart, die Übermittlung von Daten der Beschäftigtenstatistik neu zu regeln. Die statistischen Ämter erhalten die Möglichkeit, online auf das Data Warehouse der Bundesagentur für Arbeit zuzugreifen. Damit wurde eine bedeutende Weiche gestellt, um die Nutzung von Verwaltungsdaten für die amtliche Statistik unter Einsatz moderner IT-Verfahren wirtschaftlich und effektiv zu gestalten.

Auf der Basis der Meldungen zur Sozialversicherung werden von der Bundesagentur für Arbeit Daten über voll sozialversicherungspflichtige und geringfügig entlohnte Beschäftigte in Form kleinster Aggregate in einer multidimensionalen Datenbank (MOLAP-System – Multidimensional Online Analytical Processing zählt zu den analytischen Informationssystemen und ist besonders für die Auswertung großer Datenmengen geeignet) zentral ab dem Stichtag 30. Juni 1999 gespeichert und vierteljährlich fortgeschrieben. Mittels verschlüsselten und zertifizierten Zugriffs über das Internet können die statistischen Ämter aus vier Datenwürfeln (Arbeitsort, Wohnort, Betriebsgrößenklassen und Pendler) Ergebnisse erstellen.

Nach Prüfung der Leistungsfähigkeit, Funktionalität und Handhabung des MOLAP-Systems in drei Testphasen wurde von den statistischen Ämtern entschieden, die bisherige aufwändige und zum Teil heterogene Aufbereitung des Einzelmaterials schrittweise durch das neue Verfahren zu ersetzen. Da Ergebnisse aus der Beschäftigtenstatistik in zahlreichen statistischen Rechenwerken und Veröffentlichungen verwendet werden, ist für die vollständige Ablösung der Altverfahren und den Umstieg auf das Neungsverfahren ein Übergangszeitraum von einigen Monaten vorgesehen.

Mit der einheitlichen und von der Bundesagentur für Arbeit geprüften Datenbasis und dem Einsatz einer leistungsstarken Auswertungssoftware (Business Objects) wurden die Voraussetzungen für die Erstellung konsistenter Ergebnisse geschaffen. Die strukturierte Datenbank und eine komfortable grafische Auswertungsoberfläche ermöglichen, dass das sehr umfangreiche Datenmaterial der Beschäftigtenstatistik über mehrere Berichtsstichtage schnell, universell und flexibel ausgewertet werden kann. Innerhalb eines Datenwürfels können sämtliche Merkmale

miteinander kombiniert und individuell in kürzester Zeit abgerufen werden.

Nach dem vollständigen Umstieg auf das Online-Verfahren können die laufende, kostenintensive Aufbereitung des Einzeldatenmaterials und die Pflege der Verbundprogramme in den statistischen Ämtern entfallen. Für interne Zwecke – wie Rückrechnungen für die Erwerbstätigenrechnung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen – wird einmal jährlich das Einzeldatenmaterial des Stichtages 30. Juni mit einem reduzierten Programm aufbereitet. Des Weiteren werden den statistischen Ämtern von der Bundesagentur für Arbeit einmal jährlich Angaben über Betriebe mit sozialversicherungspflichtig Beschäftigten für die Durchführung der Geheimhaltung zur Verfügung gestellt. Die im Online-Verfahren anfallenden Lizenzkosten zur Nutzung und Pflege der Auswertungssoftware werden von den statistischen Ämtern übernommen.

Ein weiterer Fortschritt, der mit Einführung des neuen Verfahrens für die Beschäftigtenstatistik erzielt werden konnte, ist eine problemlose arbeitsteilige Gestaltung der Datenauswertung, da alle statistischen Ämter auf den regionalen Gesamtdatenbestand zugreifen und einmal definierte Abrufe als Standard abgelegt und von allen Fachabteilungen der Ämter genutzt werden können.

Workshop zum Thema „Geringfügige Beschäftigung“

Die Entwicklung der Erwerbstätigkeit in Deutschland war in den vergangenen Jahren nicht unerheblich durch arbeitsmarktpolitisch geförderte und marginale Beschäftigungsformen beeinflusst. Insbesondere die „geringfügige Beschäftigung“ im Sinne des Sozialgesetzbuches hatte nach der gesetzlichen Neuregelung vom April 2003 nochmals an Bedeutung gewonnen. Die über den Umfang und die Entwicklung der geringfügigen Beschäftigung aus unterschiedlichen Statistiken vorliegenden Daten weichen jedoch teilweise deutlich in Niveau und Verlauf voneinander ab.

Vor diesem Hintergrund fand im Dezember 2006 im Statistischen Bundesamt in Wiesbaden ein Workshop zum Thema „Geringfügige Beschäftigung“ statt, auf dem mögliche Ansätze zur Verbesserung der statistischen Erfassung der geringfügig Beschäftigten und ihrer Darstellung in der Arbeitsmarktstatistik aus der Perspektive amtlicher und nicht-amtlicher Bevölkerungsbefragungen (Mikrozensus, Telefonerhebung zum ILO-Erwerbsstatus, SOEP, Infratest-/

ISG-Studien), der auf dem Meldeverfahren zur Sozialversicherung beruhenden Registerstatistiken und der Erwerbstätigenrechnung in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen diskutiert wurden.

Der Workshop stieß auf großes Interesse. Neben Teilnehmern aus zehn Statistischen Landesämtern waren das Statistische Amt der Europäischen Gemeinschaften (Eurostat), das Bundesministerium für Arbeit und Soziales, die Bundesagentur für Arbeit, die Deutsche Rentenversicherung sowie von Seiten der Wissenschaft das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) der Bundesagentur für Arbeit, TNS-Infratest sowie das Zentrum für Umfragen und Methoden (ZUMA) der Einladung des Statistischen Bundesamtes gefolgt.

Der Workshop gab in komprimierter Form einen guten Überblick über die vorhandenen amtlichen und nicht-amtlichen Datenquellen zur geringfügigen Beschäftigung und veranschaulichte in transparenter Weise die in der Erwerbstätigenrechnung des Statistischen Bundesamtes eingesetzten Verfahren zur Schätzung dieser nicht zuletzt aufgrund der Komplexität der sozialversicherungsrechtlichen Regelungen statistisch schwierig darstellbaren Erwerbstätigengruppe. Generell problematisch wurde insbesondere die Erfassung der kurzfristig Beschäftigten im Sinne des Sozialgesetzbuches eingestuft. Für diesen Personenkreis, ebenso wie über die im Bereich der häuslichen Dienste ausgeübte geringfügige Beschäftigung, steht derzeit keine ausreichende Datengrundlage zur Verfügung, sodass die Erwerbstätigenrechnung hier auf Modellrechnungen angewiesen ist.

Dennoch wurde in der Diskussion nicht in Zweifel gezogen, dass die Erwerbstätigenrechnung des Statistischen Bundesamtes – und damit auch die darauf basierende Erwerbstätigenrechnung der Statistischen Landesämter – aufgrund der Nutzung und laufenden Bewertung aller vorhandenen Informationen und Datenquellen sowie der Einbindung in den gesamtwirtschaftlichen Bezugsrahmen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen derzeit als vollständigste und verlässlichste Datenquelle zur geringfügigen Beschäftigung angesehen werden muss. Für zusätzliche Analysen als Basis für die Verbesserung der Erwerbstätigenrechnung sagten die Vertreter der Registerdaten führenden Stellen ihre Unterstützung für die im Statistischen Bundesamt laufenden Arbeiten zur weiteren Fundierung der in der Erwerbstätigenrechnung eingesetzten Modellrechnungen zu.

Hinsichtlich der im Vergleich zu anderen Datenquellen feststellbaren Untererfassung geringfügig Beschäftigter im Mikrozensus wurde von Vertretern der Wissenschaft eine weitere Intensivierung der Methodenstudien empfohlen. Insbesondere wurde die Durchführung von Nachbefragungen mit dem Ziel angeregt, Messfehler im Mikrozensus empirisch zu quantifizieren und auf dieser Basis Verfahren zur Korrektur der Messfehler zu entwickeln.

Diese Anregung soll gemäß einem gemeinsamen Beschluss der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder kurzfristig umgesetzt werden. Dabei sollen die Ergebnisse erster Nachbefragungen zum Mikrozensus bis Ende 2007 zur Verfügung stehen, sodass möglichst bald für die Mikrozensusergebnisse verbesserte Hochrechnungs- und Gewichtungungsverfahren eingesetzt werden können. Darüber hinaus wird das Statistische Bundesamt in Zusammenarbeit mit den Statistischen Ämtern der Länder die laufende Qualitätssicherung der Datenerhebung im Mikrozensus vorrangig betreiben. Hierzu zählt neben periodischen Nachbefragungen insbesondere der Einsatz einer wirksamen Interviewerkontrolle, die die Durchführung der Erhebung als standardisiertes Interview sicherstellt.

Industrie

Neuer Berichtskreis für die Monatsstatistiken im Verarbeitenden Gewerbe ab 2007

Am 1. Januar 2007 trat Artikel 10 des Ersten Gesetzes zum Abbau bürokratischer Hemmnisse insbesondere in der mittelständischen Wirtschaft vom 22. August 2006 (BGBl. I S. 1970) in Kraft, durch den das Gesetz über die Statistik im Produzierenden Gewerbe geändert wird. In diesem Zusammenhang wird insbesondere die Abschneidegrenze beim Berichtskreis für die kurzfristigen Statistiken im Verarbeitenden Gewerbe heraufgesetzt.

Wurden in der Vergangenheit beim Monatsbericht im Verarbeitenden Gewerbe alle Betriebe von Unternehmen mit 20 und mehr tätigen Personen befragt, so sind ab dem Berichtsmonat Januar 2007 nur noch Betriebe mit 50 und mehr tätigen Personen einbezogen. Entsprechendes gilt für die Monatliche Produktionserhebung. Mit dieser Maßnahme wird eine deutliche Entlastung insbesondere der kleinen und mittleren Unternehmen von statistischen Auskunftspflichten erreicht.

Die bisherigen Merkmale des Monatsberichts im Verarbeitenden Gewerbe und der Monatlichen Produktionserhebung werden bei dem neuen Berichtskreis der Betriebe mit 50 und mehr tätigen Personen weiter unverändert erhoben. Neu ist, dass der Berichtskreis für die Monatliche Produktionserhebung mit dem des Monatsberichts im Verarbeitenden Gewerbe übereinstimmt. Damit werden die Ergebnisse für die wichtigsten Konjunkturindikatoren konsistenter.

Die unterhalb der neuen Abschneidegrenze liegenden Betriebe werden ab dem Berichtsjahr 2007 nur noch in der Vierteljährlichen Produktionserhebung nach ihrer Produktion und im neu eingeführten Jahresbericht für Betriebe im Verarbeitenden Gewerbe nach den tätigen Personen, den Lohn- und Gehaltsummen sowie dem Umsatz befragt. Dieser Bericht stellt sicher, dass die für regionale Strukturuntersuchungen notwendigen Informationen im bisherigen Umfang und in bisheriger Qualität zumindest jährlich zur Verfügung stehen.

Die aus den oben genannten monatlichen Statistiken stammenden Berechnungsgrundlagen der Indizes zum Auftragseingang und zur Produktion im Produzierenden Gewerbe wurden an den neuen Berichtskreis angepasst. Damit ist sichergestellt, dass sich die zur Konjunkturdiagnose erforderlichen Daten ab 2007 ohne wesentliche Strukturbrüche an den bisher verfügbaren Zeitraum ab 1991 anschließen.

Weitere Auskünfte erteilt Telefon 06 11/75-21 92.

Preise, Außenhandel

Atlas der Außenhandelsstatistik online verfügbar

Das Statistische Bundesamt baut sein Angebot an kartografischen Webanwendungen aus. Mit dem Atlas der Außenhandelsstatistik steht seit kurzem unter www.destatis.de (- Themen - weitere Themen - Außenhandel - Außenhandelsatlas) ein weiteres Produkt zur Verfügung, das Nutzern die Daten der amtlichen Statistik in Form von interaktiven Karten präsentiert.

Der Atlas bietet die Möglichkeit, den Außenhandel Deutschlands mit seinen Partnerländern grafisch nach Größenklassen auf einer Weltkarte darzustellen. Das System ermöglicht eine Darstellung des Gesamtexports und

-imports sowie des Handelsbilanzsaldos der Jahre 2004 bis 2006 und darüber hinaus die Visualisierung des deutschen Außenhandels nach verschiedenen Warenklassifikationen.

Dadurch werden für den Nutzer zum einen die geografische Verteilung und zum anderen die Bedeutung der Handelsbeziehungen mit den deutschen Außenhandelspartnern auf einen Blick deutlich. Dies ermöglicht neue Auswertungsmöglichkeiten, die eine tabellarische Darstellung nicht bieten kann (z. B. die Entfernung Deutschlands zum Partnerland oder die Nähe eines Partnerlands zu einem anderen Partnerland abzubilden). Durch die Möglichkeit der freien Vergrößerung von Kartenausschnitten kann der Nutzer darüber hinaus Ländergruppen genauer betrachten und sich durch Auswählen einzelner Partnerländer detaillierte Informationen über den Handel mit dem jeweiligen Land anzeigen lassen. Ergänzend ist auch die Darstellung in einer sortierbaren Tabelle möglich.

Für die Auswertung nach Warengruppen stehen im Außenhandelsatlas drei Warenklassifikationen zur Auswahl:

- das Warenverzeichnis der Außenhandelsstatistik (basierend auf dem Harmonisierten System zur Bezeichnung und Codierung von Waren der Weltzollorganisation),
- die Standard International Trade Classification (SITC) der Vereinten Nationen sowie
- das Systematische Güterverzeichnis für Produktionsstatistiken (GP) (basierend auf der Statistischen Güterklassifikation in Verbindung mit den Wirtschaftszweigen in der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (CPA)).

Zum gegenwärtigen Zeitpunkt lässt sich der Handel auf der sogenannten Zweisteller-Ebene dieser Klassifikationen darstellen. Das System ist aber schon für eine Darstellung auf detaillierteren Gliederungsebenen vorbereitet.

Mit dem Atlas der Außenhandelsstatistik setzt das Statistische Bundesamt erstmals die Technologie eines Internet-Map-Servers ein. Diese erlaubt es, dynamisch, das heißt auf die Anfrage des Nutzers hin, aus Geometrien und statistischen Fachdaten, Kartenbilder zu erzeugen. Die Karten müssen somit nicht zuvor durch die Fachabteilung angelegt werden, sondern können direkt nach den Wünschen des Anwenders erzeugt werden. Aufgrund dieser Flexibilität ist es möglich, dem Nutzer neben einer Vielzahl an statistischen Informationen auch ein hohes Maß an kartografischen Gestaltungsmöglichkeiten, wie zum Beispiel

Farbgebung und Beschriftungen, unterschiedliche Klassifizierungsmöglichkeiten und die Einblendung von zusätzlichen geografischen Informationen, anzubieten.

Durch Verwendung moderner Konzepte der Webprogrammierung, wie beispielsweise des asynchronen Übertragens von Daten zwischen Browser und Server, soll dem Nutzer ein Bedienungskomfort vermittelt werden, der dem Arbeiten mit einer Desktop-Anwendung ähnelt. So werden bei der Anforderung von Kartenbildern oder dem Abfragen von einzelnen Länderdaten nur diejenigen Inhalte der Webseite ausgetauscht, deren Inhalte sich tatsächlich verändert haben. Dadurch wird einerseits die Menge an übertragenen Daten gering gehalten und andererseits eine sehr flüssige Arbeitsweise ermöglicht.

Der Atlas der Außenhandelsstatistik bildet den Einstieg in eine Reihe weiterer kartografischer Internetanwendungen, die in Zukunft vom Statistischen Bundesamt auf Grundlage der Internet-Map-Server-Technologie entwickelt werden. Hierzu zählen unter anderem Kartografie-Komponenten für das neue Gemeindeverzeichnis (GV-Isys) sowie die Auskunftsdatenbank GENESIS-Online. Darüber hinaus plant das Statistische Bundesamt die Bereitstellung kartografischer Web-Services, die von den Nutzern in unterschiedlichen Applikationen genutzt werden können.

Neuer Erzeugerpreisindex „Schienengüterverkehr“

Nach der im Dezember 2006 gestarteten Vorbefragung zur Ableitung der Gewichte für den neuen Preisindex läuft seit Anfang April 2007 die Feldarbeit zur Erhebung von Preisen für Leistungen des Schienengüterverkehrs nach § 5 Abs. 2 des Preisstatistikgesetzes. Im Rahmen dieser Erhebung werden etwa 70 Eisenbahnverkehrsunternehmen und Bahnspeditionen befragt.

Im Bereich des Güterverkehrs ist die Preisentwicklung bisher weitgehend intransparent. Im Zuge der Umsetzung der EU-Konjunkturstatistikverordnung [Verordnung (EG) Nr. 1158/2005 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 6. Juli 2005 zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1165/98 des Rates über Konjunkturstatistiken (Amtsbl. der EU Nr. L 191, S. 1)] werden daher derzeit Erzeugerpreisindizes für Luftfrachtverkehr, Güterkraftverkehr, Frachtumschlag und Lagerei auf Basis 2006 = 100 entwickelt. Aus ordnungs- und wettbewerbspolitischen Gründen sollen jedoch alle Verkehrsträger einbezogen werden. Deswegen werden Erzeugerpreisindizes für den Schienen-

güterverkehr auf Basis 2006 = 100 aufgebaut. Diese sind – ebenso wie die anderen Preisindizes des Güterverkehrssektors – vierteljährlich zu berechnen. Sie sollen prozentuale Preisveränderungen im Zeitablauf darstellen, jedoch keine Preisniveauvergleiche für einzelne Leistungen zwischen einzelnen Unternehmen vornehmen. Mit dem Erzeugerpreisindex Schienengüterverkehr wird eine größere Lücke in der Preisstatistik für den Logistikmarkt geschlossen.

Der Aufbau des neuen Preisindex muss den speziellen Rahmenbedingungen des Marktes Rechnung tragen. So hat sich im Rahmen der Recherchen herausgestellt, dass sich – wie auch beim Preisindex für den Güterkraftverkehr – die in der Verkehrsstatistik verwendete Klassifikation „Güterverzeichnis für die Verkehrsstatistik“ nicht ohne Weiteres auf den Preisindex Schienengüterverkehr anwenden lässt. Es musste daher eine neue Systematik erarbeitet werden, die sich am Produktionssystem im Schienengüterverkehr orientiert.

Weitere Auskünfte erteilt Telefon 06 11/75-43 14.

Bevölkerung, Bildung, Steuern

Fachausschuss „Finanz- und Steuerstatistik“

Am 12. und 13. Juni 2007 fand im Statistischen Bundesamt in Wiesbaden die 64. Tagung des Fachausschusses „Finanz- und Steuerstatistiken“ statt. Im Mittelpunkt der Beratungen des ersten Tages standen die stark wachsenden Anforderungen an die Statistiken der öffentlichen Finanzen und des Personals im öffentlichen Dienst aufgrund der Föderalismusreform II (Finanzverteilung) sowie der Beschlüsse der Finanzministerkonferenz vom April d. J. (Benchmarking der Länder). Deutlich geworden ist in den bisherigen Beratungen, dass diese Anforderungen aufgrund der schwierigen Rahmenbedingungen (fortschreitende Ausgliederungen aus den öffentlichen Haushalten, stark verzögerte Ingangsetzung eines neuen doppischen Rechnungswesen bei Ländern und Gemeinden) dieser Statistiken mit den vorhandenen Kapazitäten nicht zu bewältigen sind. Die Amtsleiterkonferenz hatte daher die Fachreferenten beauftragt, die notwendigen Maßnahmen zur Abdeckung der Anforderungen zu präzisieren und den hierfür erforderlichen Aufwand festzustellen.

Informiert wurde der Fachausschuss auch über die neue jährliche Statistik des öffentlichen Finanzvermögens sowie die neue vierteljährliche Erhebung der Finanzen der ausgliederten öffentlichen Einrichtungen des Sektors Staat, die beide wichtige Basisdaten für die Stabilitätsberichterstattung an die Europäische Union liefern.

Am zweiten Tag konzentrierte sich der Fachausschuss auf die Novellierung des Steuerstatistikgesetzes (StStatG) und die Neukonzeption des Systems der Steuerstatistiken. Um die Datengrundlage in den Steuerstatistiken insbesondere zur Gesetzesfolgenabschätzung zu verbessern, bereitet das Bundesministerium der Finanzen eine Änderung des StStatG vor, die für die Statistik der Personengesellschaften, der Erbschaft- und Schenkungsteuer sowie die Lohnsteuererlegung einen jährlichen Turnus und eine zusätzliche jährliche Statistik der Umsatzsteuer auf Basis der Veranlagungen vorsieht; zusätzlich wird das Datenangebot durch jährliche Geschäftsstatistiken zur Körperschaft- und Gewerbesteuer verbreitert, die bereits durch das Steueränderungsgesetz 2007 gesetzlich verankert worden waren. Die parallele Aufbereitung von Bundes- und Geschäftsstatistiken führt zu Effizienzverlusten und Kohärenzproblemen in der Steuerstatistik. Die Statistischen Ämter von Bund und Ländern streben deshalb ein einheitliches steuerstatistisches Gesamtsystem auf der Grundlage von Bundesstatistiken an; Ziel ist ein aktuelles, flexibles, kohärentes und effizientes steuerstatistisches Gesamtsystem. Dem Fachausschuss wurden die Grundzüge dieses neuen Aufbereitungs- und Auswertungskonzepts vorgestellt. Außerdem wurde der Fachausschuss über aktuelle Entwicklungen in den einzelnen Steuerstatistiken unterrichtet, insbesondere über die Zusammenführung und Analyse von steuerstatistischen Daten im Rahmen des Taxpayerpanels und des Umsatzsteuerpanels.

11. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung - Daten nach Ländern

Ergänzend zu den Bundesergebnissen der zwischen den Statistischen Ämtern des Bundes und der Länder koordinierten 11. Bevölkerungsvorausberechnung vom November 2006 liegen nun entsprechende Daten nach Ländern vor: Die Unterschiede in der Bevölkerungsentwicklung zwischen den alten und den neuen Ländern werden sich danach weiter vergrößern. Während in den alten Ländern im Zeitraum von 2006 bis 2050 ein Bevölkerungsrückgang

von 14% zu erwarten ist, wird die Bevölkerung der neuen Länder um 31% sinken.

Künftig wird der Osten Deutschlands der Vorausberechnung nach viel stärker von der fortschreitenden Alterung tangiert sein als der Westen. Dies wirkt sich nicht nur in der schnell ansteigenden Zahl der Älteren aus, sondern auch im Rückgang des Erwerbspersonenpotenzials. Heute liegt der Anteil der Bevölkerung im Erwerbsalter (von 20 bis unter 65 Jahren) an der Gesamtbevölkerung in den neuen Ländern mit 62% noch höher als in den alten (60%). Das Erwerbspersonenpotenzial wird jedoch in den neuen Ländern schneller schrumpfen als im Westen Deutschlands und im Jahr 2050 bei 47% liegen. In den alten Ländern werden im Jahr 2050 52% der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter sein.

Der so genannte Altenquotient – er zeigt wie viele Senioren auf 100 Personen im erwerbsfähigen Alter (von 20 bis unter 65 Jahren) entfallen – wird in den neuen Ländern schneller ansteigen als in den alten: er wird sich von heute etwa 35 bis zum Jahr 2050 mehr als verdoppeln und dann 80 betragen. Der Westen Deutschlands weist bereits zurzeit einen etwas niedrigeren Altenquotienten von etwa 32 auf. Dieser wird etwas langsamer als im Osten Deutschlands ansteigen und im Jahr 2050 bei 62 liegen.

Die Bevölkerung in den Stadtstaaten wird nicht so schnell schrumpfen wie im übrigen Bundesgebiet und im Jahr 2050 noch 90% des aktuellen Niveaus betragen (2006: 5,8 Millionen, 2050: 5,2 Millionen). Der Altenquotient wird sich jedoch auch in diesen drei Bundesländern von heute etwa 29 auf 60 Seniorinnen und Senioren je 100 Personen im Erwerbsalter im Jahr 2050 verdoppeln.

Die dargestellten Ergebnisse beziehen sich auf eine der beiden Varianten der 11. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung, die jetzt auch für die Bundesländer vorliegen. Diese geht von einem Außenwanderungssaldo – das ist die Differenz zwischen den Zuzügen nach und den Fortzügen aus Deutschland – von 100.000 Personen jährlich aus. Der gesamtdeutsche Wanderungssaldo wird auf die Länder entsprechend ihrem durchschnittlichen Wanderungsanteil der letzten Jahre aufgeteilt.

Die Binnenwanderungsentwicklung wurde bis zum Jahr 2020 modelliert: Hierbei wird unterstellt, dass der Wanderungsverlust der neuen an die alten Länder von 49.000 im Jahr 2005 auf 8.000 im Jahr 2020 zurückgehen wird. Die Annahmen zur Geburtenhäufigkeit und zur Lebenserwartung entsprechen den Annahmen für Deutschland, wobei

länderspezifische Unterschiede erhalten bleiben. Bei der Geburtenentwicklung wird für die alten Länder von einer annähernden Konstanz der zusammengefassten Geburtenziffer bei 1,4 Kindern je Frau ausgegangen. In den neuen Ländern wird eine weitere Annäherung an das westdeutsche Geburtenniveau und an das höhere Alter der Mütter bei Geburt unterstellt. Zur Lebenserwartung bei Geburt wird für Deutschland insgesamt eine Zunahme um etwa sieben Jahre bis 2050 angenommen. Die alten Länder folgen diesem gesamtdeutschen Trend unmittelbar. In den neuen Ländern, in denen die durchschnittliche Lebenserwartung zurzeit noch etwas geringer ist als in den alten Ländern, nimmt die Lebenserwartung anfangs schneller zu und folgt dann ebenfalls dem gesamtdeutschen Trend.

Die zweite Variante der 11. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung für die Länder unterscheidet sich von der ersten nur durch die Annahme eines höheren Außenwanderungssaldos von 200.000 Personen jährlich. Zusammen markieren die beiden Varianten die Grenzen eines Korridors, in dem sich – bei Fortsetzung der aktuellen demografischen Entwicklung – die Veränderungen vollziehen dürften.

Weitere Auskünfte gibt: Telefon: (0611) 75-2242, E-Mail: naturliche-bevoelkerungsbewegung@destatis.de.

Neue Daten zur Migration in Deutschland

Das Statistische Bundesamt hat jetzt weitere Daten aus dem Mikrozensus 2005 zur Bevölkerung mit Migrationshintergrund (Zugewanderte und ihre Nachkommen) in Deutschland ausgewertet. Danach lebten 2005 von den 15,3 Mill. Menschen mit Migrationshintergrund 14,7 Mill. oder 96 % im früheren Bundesgebiet und in Berlin.

Diese und eine Vielzahl weiterer Daten zu den Menschen mit Migrationshintergrund bietet die Fachserie 1 „Bevölkerung und Erwerbstätigkeit“, Reihe 2.2 „Bevölkerung mit Migrationshintergrund, Ergebnisse des Mikrozensus 2005“. Die Veröffentlichung enthält detaillierte Informationen zu einer Reihe von Themen, die von Alter, Geschlecht und Familienstand sowie Haushalts- und Familienstruktur über Bildungsbeteiligung und Bildungsabschlüsse bis hin zur Beteiligung am Erwerbs- und Arbeitsleben reichen. Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen den Personen mit und ohne Migrationshintergrund werden herausgearbeitet, aber auch zwischen den einzelnen Teilgruppen der Bevölkerung mit Migrationshintergrund. Ausgewertet wurden die im Mikrozensus 2005 erstmals erhobenen

Angaben zu Zuwanderung, Staatsangehörigkeit und Einbürgerung.

Die Veröffentlichung steht im Internet kostenfrei unter (www.destatis.de -> Services -> Publikationen) zur Verfügung.

Neue Ausgabe von „Hochschulen auf einen Blick“

Die Zahl der Absolventinnen und Absolventen, die ein Erststudium erfolgreich abgeschlossen haben, hat sich im Prüfungsjahr 2005



weiter auf 207 900 erhöht. Ein Jahr zuvor waren es noch 191 800 Erstabsolventinnen und -absolventen gewesen. Auch der Anteil der Absolventinnen und Absolventen eines Erststudiums an der altersspezifischen Bevölkerung erreichte 2005 mit 21 % einen neuen Höchststand. In den letzten Jahren ist die Erstabsolventenquote kontinuierlich gestiegen, was vor allem auf die wachsende Zahl der Frauen, die einen ersten Studienabschluss erreichen, zurückzuführen ist. 2005 erreichte die Quote bei den Frauen 22 % und bei den Männern 21 %. Zwischen 1997 und 2005 ist die Quote bei den Frauen um sieben Prozentpunkte angestiegen, bei den Männern um drei Prozentpunkte.

Auch im Jahr 2005 schrieben sich an den Hochschulen im Westen Deutschlands deutlich mehr Studierende aus dem Osten ein als umgekehrt. Insgesamt lag der Wanderungssaldo der Studierenden aus den neuen Ländern bei – 31 400. Im Vergleich zum Vorjahr hat sich die negative Bilanz der neuen Länder damit um 3 200 vergrößert. Die Frauen zieht es dabei noch stärker in den Westen als ihre männlichen Kommilitonen: Einem negativen Saldo von 8 600 männlichen Studierenden steht ein mehr als doppelt so hoher Wanderungsverlust von 22 900 Studentinnen gegenüber.

Diese und andere statistische Kennzahlen zu den Themen Hochschulzugang, Absolventen, Personalstruktur, überregionale Attraktivität und finanzielle Ausstattung der Hochschulen werden in der Broschüre „Hochschulen auf einen Blick“ zusammengefasst und anschaulich beschrieben.

Sie steht im Internetangebot des Statistischen Bundesamtes unter (www.destatis.de -> Services -> Publikationen) als kostenloser Download zur Verfügung.

Daten zur beruflichen Weiterbildung für Studium und Lehre verfügbar

Seit kurzem können Studierende und Lehrende Daten der amtlichen Statistik zur beruflichen Weiterbildung in deutschen Unternehmen für Analysen nutzen. In einem gemeinsamen Projekt haben die Statistischen Ämter des Bundes und der Länder mit finanzieller Unterstützung des Bundesministeriums für Bildung und Forschung Einzeldaten der zweiten europäischen Erhebung zur beruflichen Weiterbildung (CVTS 2, Second Continuing Vocational Training Survey) aus dem Jahr 2000 so anonymisiert, dass sie den strengen Anforderungen des gesetzlichen Datenschutzes genügen.

Mit dem als Campus-File bezeichneten Datensatz stehen absolut anonymisierte Angaben von etwa 2 500 deutschen Unternehmen zur Verfügung. Die Daten enthalten Informationen zum Angebot der verschiedenen Formen beruflicher Weiterbildung, zu Teilnehmern, Teilnahmezeiten und Kosten sowie qualitative Angaben zur Weiterbildungskonzeption, zur betrieblichen Weiterbildungspolitik und zum Stellenwert der Weiterbildung im Unternehmen. Mit diesem Campus-File haben Studierende bereits in der Ausbildung die Möglichkeit, mit realistischen Datensätzen Methodenkenntnisse zu erwerben und vermutete sozial- und wirtschaftswissenschaftliche Zusammenhänge zu untersuchen. Die Datensätze wurden gezielt für Lehrzwecke entwickelt. Für tiefer gehende Analysen sind sie aufgrund der angewendeten Anonymisierungsmaßnahmen in der Regel nicht geeignet. Für wissenschaftliche Analysen im Rahmen von Diplomarbeiten und Dissertationen stehen weniger stark anonymisierte Datenbestände als Scientific-Use-File oder über die On-Site-Nutzung zur Verfügung.

Das Campus-File zur zweiten europäischen Erhebung zur beruflichen Weiterbildung ist bei den Forschungsdatenzentren der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder verfügbar. Die Daten stehen im Internet unter www.forschungsdatenzentrum.de als kostenloser Download bereit.

Weitere Auskünfte erteilen die Forschungsdatenzentren der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder, im Statistischen Bundesamt, Telefon 06 11/75-43 49 oder -43 75, E-Mail: forschungsdatenzentrum@destatis.de, im Hessischen Statistischen Landesamt, Telefon 06 11/38 02-8 15, E-Mail: forschungsdatenzentrum@statistik-hessen.de.

Gesundheit, Private Haushalte, Mikrozensus

Neue Rechtsgrundlage zur Erweiterung der Krankenhausstatistik

Am 1. April 2007 ist das Gesetz zur Stärkung des Wettbewerbs in der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV-Wettbewerbsstärkungsgesetz – GKV-WSG) vom 26. März 2007 (BGBl. I S. 378) in Kraft getreten. Artikel 18 Nr. 9 des Gesetzes ändert die statistische Auswertung anordnenden § 28 des Krankenhausfinanzierungsgesetzes (KHG).

Bereits in § 21 Abs. 3 Satz 1 Nr. 4 des Krankenhausentgeltgesetzes vom 23. April 2002 war geregelt, dass die Leistungsdaten der Krankenhäuser von der DRG-Datenstelle für Zwecke der amtlichen Krankenhausstatistik an das Statistische Bundesamt übermittelt werden; dieses kann jeweils landesbezogene Daten an die Statistischen Ämter der Länder übermitteln.

Mit der Änderung des § 28 KHG wurde nun die erforderliche Rechtsgrundlage geschaffen, damit das Statistische Bundesamt aus den gelieferten Daten auch die bislang über die amtliche Krankenhausstatistik hinausgehenden Erhebungsmerkmale statistisch auswerten und veröffentlichen kann.

Mikrodaten von Krankenversicherten jetzt für die Wissenschaft zugänglich

Seit kurzem stellt das Statistische Bundesamt der Wissenschaft Mikrodaten von mehr als 2 Mill. Versicherten der gesetzlichen Krankenversicherung für das Jahr 2002 zur Verfügung. Die formal anonymisierten Daten können über den Weg der kontrollierten Datenfernverarbeitung genutzt werden. Bei dem umfangreichen Datenmaterial handelt es sich um eine 3 %-Zufallsstichprobe von Versicherten der gesetzlichen Krankenversicherung mit Informationen über ambulante und stationäre Diagnosen, verordnete Arzneimittel, Krankengeldbezug sowie Arbeitsunfähigkeit aus dem Jahr 2002.

Das Statistische Bundesamt hat Daten aus einer wissenschaftlichen Untersuchung aufbereitet, die im Zuge der Reform des Risikostrukturausgleiches in der gesetzlichen Krankenversicherung durchgeführt wurde. Das Bundesministerium für Gesundheit hatte das Institut für Gesundheits- und Sozialforschung (IGES) gemeinsam mit den Pro-

fessoren Karl Lauterbach und Jürgen Wasem mit dieser Untersuchung beauftragt, deren Ergebnisse im November 2004 vorgelegt wurden.

Auswertungen können über die kontrollierte Datenfernverarbeitung durchgeführt werden. Auf diesem Weg können Einzeldaten mittels selbst entwickelter Programme genutzt werden. Dabei wird ein Auswertungsprogramm an das Forschungsdatenzentrum des Statistischen Bundesamtes geschickt und dort auf die formal anonymisierten Daten angewendet.

Anträge zur Nutzung der vorliegenden Daten mittels kontrollierter Datenfernverarbeitung für Vorhaben der unabhängigen wissenschaftlichen Forschung können beim Statistischen Bundesamt gestellt werden. Antragsformulare sowie weitere Informationen stehen im Internet unter www.forschungsdatenzentrum.de zur Verfügung.

Sonderheft „Vereinbarkeit von Familie und Beruf“

Im Jahr 2005 arbeiteten bei mehr als der Hälfte aller Paare mit Kindern in Deutschland beide Partner. Bei Ehepaaren mit Kindern übten in 51 % der Fälle Mutter und Vater eine Erwerbstätigkeit aus. Bei nichtehelichen Lebensgemeinschaften war der Anteil mit 54 % noch etwas größer. Das zeigen die aktuellen Ergebnisse des Mikrozensus, der größten jährlichen Haushaltsbefragung in Europa. Betrachtet wurden 5,5 Mill. Ehepaare und 605 000 nichteheliche Lebensgemeinschaften, bei denen beide Partner im erwerbsfähigen Alter sind und mindestens ein Kind unter 15 Jahren lebt. Zu den Kindern zählen dabei – neben leiblichen Kindern – auch Stief-, Pflege- und Adoptivkinder.

Diese und viele weitere aktuelle Mikrozensusergebnisse zur Erwerbsbeteiligung von Müttern und Vätern bietet das Sonderheft 2 „Vereinbarkeit von Familie und Beruf“, welches neben textlichen Analysen und zahlreichen Schaubildern einen ausführlichen Tabellenanhang enthält.

Es steht im Internetangebot des Statistischen Bundesamtes zum kostenlosen Download zur Verfügung (www.destatis.de - Services - Publikationen).

Scientific-Use-File des Mikrozensus 2005 für die Wissenschaft verfügbar

Beim Statistischen Bundesamt können ab sofort die faktisch anonymisierten Einzeldaten des Mikrozensus 2005

für Forschungszwecke bestellt werden. Wie bei den bisher verfügbaren Mikrozensus-Scientific-Use-Files erfolgt die Lieferung der Daten zu Sonderkonditionen (Bereitstellungsgebühr derzeit 65,- Euro, ab dem 1. August 2007: 95,- Euro), die durch eine Vereinbarung zwischen dem Statistischen Bundesamt und dem Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) ermöglicht wurden.

Die Daten der amtlichen Statistik sind für die empirischen Sozial- und Wirtschaftswissenschaften eine der wichtigsten Informationsquellen im Rahmen der Analyse wirtschafts- und gesellschaftspolitischer Zusammenhänge. Dies gilt insbesondere für den Mikrozensus, der als größte Mehrthemenumfrage Deutschlands vielfältige Informationen über die wirtschaftliche und soziale Lage der Bevölkerung bereithält.

Kennzeichnend für die Erhebungsform des Mikrozensus bis 2004 war das Konzept der festen Berichtswoche, das heißt die meisten Fragen bezogen sich auf die Gegebenheiten in einer einzelnen Berichtswoche im Jahr. In der Regel handelte es sich um die letzte feiertagsfreie Woche im April. Die Mikrozensusergebnisse bis 2004 lieferten somit eine Momentaufnahme der Verhältnisse im Frühjahr und waren – je nach Merkmal mehr oder weniger stark – durch saisonale Schwankungen beeinflusst. Das Gesetz zur Durchführung einer Repräsentativstatistik über die Bevölkerung und den Arbeitsmarkt sowie die Wohnsituation der Haushalte (Mikrozensusgesetz 2005 – MZG 2005) vom 24. Juni 2004 (BGBl. I S. 1350) ordnet in § 3 eine unterjährige, kontinuierliche Erhebung an. Bei dieser Erhebungsform wird das Befragungsvolumen gleichmäßig auf alle Kalenderwochen des Jahres verteilt, wobei die letzte Woche vor der Befragung die Berichtswoche darstellt (sogenannte gleitende Berichtswoche). Damit ist es möglich, den Nutzerinnen und Nutzern des Mikrozensus neben jährlichen auch vierteljährliche Durchschnittsergebnisse – also ein deutlich größeres und aktuelleres Informationsangebot mit höherem Aussagegehalt – zur Verfügung zu stellen.

Das Frageprogramm des Mikrozensus ist hinsichtlich der in den einzelnen Jahren zu erhebenden Tatbestände und Periodizitäten in § 4 des MZG 2005 festgelegt. Im Gegensatz zu dem bis 2004 gültigen Gesetz sind keine Unterstichproben mehr vorgesehen, das heißt der Auswahlatz liegt für alle Merkmale einheitlich bei 1 % der Bevölkerung. Entsprechend werden im Mikrozensus jährlich rund 390 000 Haushalte in Deutschland mit rund 830 000 Personen befragt. Damit ist der Mikrozensus die größte jährli-

che Haushaltsbefragung in Europa. Wie schon im Zeitraum 1996 bis 2004 gibt es neben dem jährlichen Grundprogramm eine Reihe von Merkmalen, die nur im Abstand von vier Jahren zu erheben sind (vierjährige Zusatzprogramme, z. B. Fragen zur Gesundheit).

Inhaltliche Neuerungen im Erhebungsprogramm des Mikrozensus ab 2005 bestehen im Wesentlichen in der Aufnahme des neuen Themenkomplexes „Migration und Integration“. Die zugehörigen Fragen werden teils jährlich, teils vierjährlich gestellt. Im Bereich „Bildung“ werden erstmals die Fachrichtung des höchsten beruflichen Abschlusses und die Art des beruflichen Abschlusses neben einem Hochschulabschluss erfragt. Um die Belastung der Befragten nicht zu erhöhen, wurden im Gegenzug einige Merkmale aus dem Frageprogramm des Mikrozensus gestrichen (unter anderem Eheschließungsjahr, gegenwärtiger Besuch von Kindergarten, -krippe, -hort, normalerweise und tatsächlich geleistete Wochenarbeitszeit in Tagen, Pflegebedürftigkeit, Betriebswechsel).

Der Mikrozensus ist eine Zufallsstichprobe, bei der alle Haushalte die gleiche Auswahlwahrscheinlichkeit haben. Dazu werden aus dem Bundesgebiet Flächen (Auswahlbezirke) ausgewählt, in denen alle Haushalte und Personen befragt werden (einstufige Klumpenstichprobe). Ein Viertel aller in der Stichprobe enthaltenen Haushalte (beziehungsweise Auswahlbezirke) werden jährlich ausgetauscht. Folglich bleibt jeder Haushalt vier Jahre in der Stichprobe (Verfahren der partiellen Rotation).

Nach dem Bundesstatistikgesetz von 1987 dürfen für die Durchführung wissenschaftlicher Vorhaben vom Statistischen Bundesamt und von den Statistischen Ämtern der Länder Einzelangaben an Hochschulen oder sonstige Einrichtungen in Deutschland mit der Aufgabe unabhängiger wissenschaftlicher Forschung übermittelt werden, wenn sie den Befragten nur mit einem unverhältnismäßig großen Aufwand an Zeit, Kosten und Arbeitskraft („faktische Anonymität“) zugeordnet werden können. Diese Daten müssen zweckgebunden verwendet werden und sind zu löschen, sobald das wissenschaftliche Vorhaben beendet ist. Für die Weitergabe einer dem konkreten Forschungsvorhaben entsprechenden Variablenauswahl steht das Scientific-Use-File als eine faktisch anonymisierte 70 %-Substichprobe des Mikrozensus 2005 mit Einzelangaben über rund 510 000 Personen bzw. 230 000 Haushalte zur Verfügung. Scientific-Use-Files des Mikrozensus können beim Statistischen Bundesamt bestellt werden. Nähere Informationen

dazu erteilt, Telefon 0 18 88/6 44 -87 08, Telefax -87 08, E-Mail: mikrozensus@destatis.de.

Darüber hinaus können sich interessierte Wissenschaftler an Ansprechpartner im Zentrum für Umfragen, Methoden und Analysen (ZUMA) in Mannheim (German Microdata Lab, Postfach 12 21 55, 68072 Mannheim, Telefon 06 21/12 46 - 2 65, Telefax - 1 00, E-Mail: mikrodaten@zuma-mannheim.de) wenden. Das German Microdata Lab, ZUMA bietet im Internet umfassende Informationen zu den Scientific-Use-Files an, wie zum Beispiel Setups zum Einlesen der Daten, Datendokumentationen, thematische Übersichten, Fragebogen, rechtliche Voraussetzungen der Datenweitergabe und Mikrodaten-Tools (www.gesis.org/Dauerbeobachtung/GML/).

Personalnachrichten

Statistisches Bundesamt

Herr Peter Weigl, mit der Wahrnehmung der Geschäfte des Vizepräsidenten des Statistischen Bundesamtes betraut, wurde zum neuen stellvertretenden Bundeswahlleiter ernannt.

Leitender Regierungsdirektor Jürgen Chlumsky wurde mit der Leitung der Abteilung I „Grundsatzfragen der Bundes- und Internationalen Statistik, Informationsverbreitung“ beauftragt und zum Abteilungspräsidenten befördert.

Regierungsrätin Birgit Buchholz, Referatsleiterin in der Gruppe Z C „Personal, Aus- und Fortbildung“, wurde zur Oberregierungsrätin ernannt.

Regierungsrat Mathias Meisenheimer wurde mit der Wahrnehmung der Aufgaben eines Referatsleiters in der Gruppe I A „Grundsatzfragen, Nationale und Internationale Koordinierung“ beauftragt.

Regierungsrat z.A. Dr. Daniel Vogrmler, mit der Wahrnehmung der Aufgaben eines Referatsleiters in der Abteilung I „Standardkosten-Modell“ betraut, wurde zum Referatsleiter und zum Regierungsrat ernannt.

Oberregierungsrätin Ligia Frankford, Referatsleiterin in der Gruppe III A, „Entstehung und Verwendung des Inlandsprodukts“, wurde der Europäischen Kommission als Sachverständige zur Dienstleistung zugewiesen.

Diplom-Soziologe Dominik Asef, mit der Wahrnehmung der Aufgaben eines Referatsleiters in der Gruppe III D „Arbeitsmarkt“ betraut, wurde zum Referatsleiter ernannt.

Oberregierungsrätin Sabine Allafi, Referatsleiterin in Gruppe IC „Online-Dienste, Veröffentlichungen, Corporate Design“, wurde in die Gruppe VB „Außenhandel“ umgesetzt.

Regierungsrat Dr. Torsten Blumöhr, Referatsleiter in der Gruppe VII A „Land- und Forstwirtschaft, Fischerei“, wurde zum Oberregierungsrat ernannt.

Regierungsrätin z.A. Sarah-Alexandra Nasse, mit der Wahrnehmung der Aufgaben einer Referatsleiterin in der Gruppe VII B „Umwelt“ beauftragt, wurde zur Referatsleiterin und zur Regierungsrätin ernannt.

Baden-Württemberg

Dr. Rainer Wolf, Leiter des Referats 22 „Bildung und Kultur“, ist mit Wirkung vom 26.06.2007 zum Regierungsdirektor ernannt worden.

Tagungskalender

Tagungstermin	Tagungsort	Tagung
Tagungen im Zeitraum April bis Juni 2007		
19./20. April 2007	München	Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“
23.- 25. April 2007	Bonn	Referentenbesprechung „Wirtschaftsrechnungen privater Haushalte“
24./25. April 2007	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Handwerk“
24./25. April 2007	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Laufende Bevölkerungsstatistiken“
25./26. April 2007	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Statistik im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe“
26. April 2007	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Rechtspflegestatistik“
7.- 9. Mai 2007	Treis-Karden	Facharbeitskreis „Verfahrensfragen der Bodennutzungs- und Erntestatistik“
8./9. Mai 2007	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Energiestatistik“
14.- 16. Mai 2007	Berlin	Amtsleitertagung
21./22. Mai 2007	Bonn	Referentenbesprechung „Kinder- und Jugendhilfestatistik“
22./23. Mai 2007	Bonn	Referentenbesprechung „Sozialhilfestatistik“
24. Mai 2007	Bonn	Referentenbesprechung „Pflegestatistik“
30./31. Mai 2007	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Hochschulstatistik“
12. Juni 2007	Wiesbaden	Arbeitskreis „Berufsbildungsstatistik“
12./13. Juni 2007	Wiesbaden	Arbeitskreis „Informationstechnik“
12./13. Juni 2007	Wiesbaden	Fachausschuss „Finanz- und Steuerstatistik“
12./13. Juni 2007	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Beschäftigtenstatistik“
13./14. Juni 2007	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Schulstatistik“ und Referentenbesprechung „Berufsbildungsstatistik“
14./15. Juni 2007	Dortmund	Arbeitskreis „Presse, Publikationen, Marketing“

21./22. Juni 2007	Wiesbaden	Arbeitskreis „Fragen der mathematischen Methodik“
25. Juni 2007	Wiesbaden	Sonder-Amtsleiterkonferenz
26. Juni 2007	Wiesbaden	Statistischer Beirat

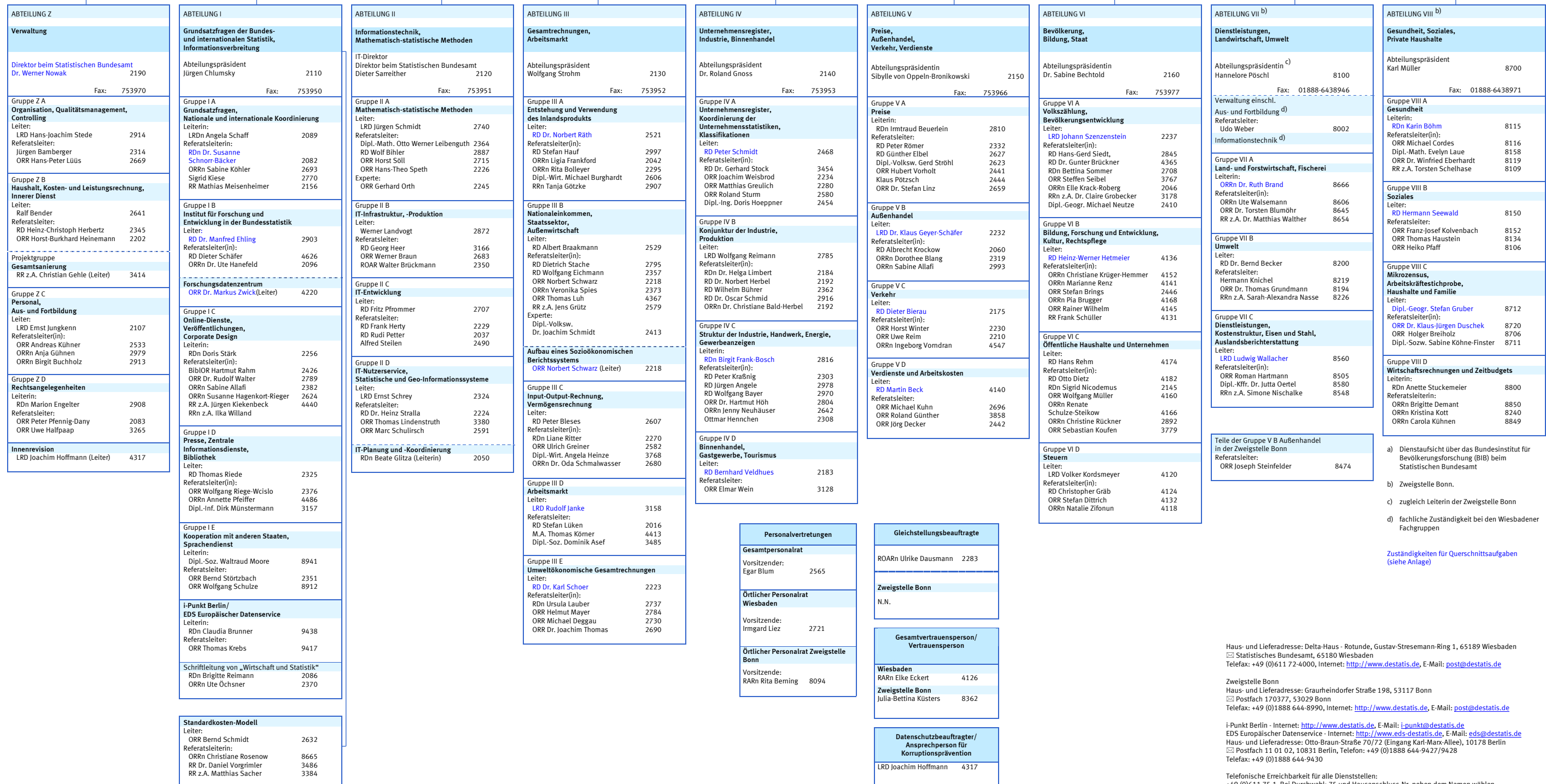
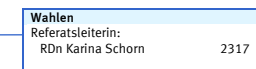
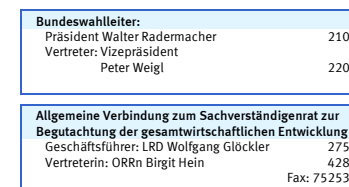
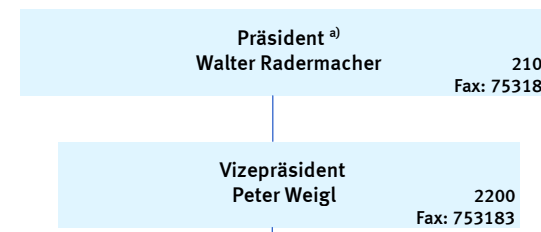
Tagungen im Zeitraum Juli bis Dezember 2007

4. Juli 2007	Wiesbaden	Fachausschuss „Tourismusstatistik“
4./5. September 2007	Bonn	Referentenbesprechung „Statistik des Gesundheitswesens“
11.- 13. September 2007	Bad Ems	Arbeitskreis „Presse, Publikationen, Marketing“
12./13. September 2007	Bonn	Referentenbesprechung „Fragen der Landwirtschaftsstatistik“
13. September 2007	Wiesbaden	Fachausschuss „Arbeitsmarktstatistik“
24.- 27. September 2007	Kiel	Statistische Woche
27./28. September 2007	Koblenz	Arbeitskreis „Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder“
September 2007	Bonn	Referentenbesprechung „Mikrozensus“
September 2007	Kiel	Referentenbesprechung „Zensusvorbereitung“
9.- 11. Oktober 2007	Bonn	Referentenbesprechung „Wirtschaftsrechnungen privater Haushalte“
16./17. Oktober 2007	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Preisstatistik“
17./18. Oktober 2007	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Verdienste und Arbeitskosten“
18./19. Oktober 2007	Berlin	Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“
24./25. Oktober 2007	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Erhebungen im Baugewerbe, Bautätigkeitsstatistiken“
30. Oktober 2007	Wiesbaden	Fachausschuss „Verkehrsstatistik“
Oktober/November 2007	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Steuerstatistik“
Anfang November 2007	Bonn	Referentenbesprechung „Nutzung von IKT in Unternehmen“
2. November 2007	Wiesbaden	Ausschuss „Hochschulstatistik“

6./7. November 2007	Wiesbaden	Arbeitskreis „Informationstechnik“
7./8. November 2007	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Energiestatistik“
12./13. November 2007	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Gewerbeanzeigenstatistik“
13./14. November 2007	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Unternehmensregister“
14. November 2007	Wiesbaden	Amtsleiterkonferenz
14./15. November 2007	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Statistik im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe“
20. November 2007	Wiesbaden	Fachausschuss „Statistik im Produzierenden Gewerbe“
27./28. November 2007	Bonn	Referentenbesprechung „Umweltstatistik“
November 2007	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Laufende Bevölkerungsstatistiken“

Organisationsplan

Stand: 15. Juni 2007, Aktenzeichen: ZA/13010011-R1Plan



Haus- und Lieferadresse: Delta-Haus - Rotunde, Gustav-Stresemann-Ring 1, 65189 Wiesbaden
 ☒ Statistisches Bundesamt, 65180 Wiesbaden
 Telefax: +49 (0)611 72-4000, Internet: <http://www.destatis.de>, E-Mail: post@destatis.de

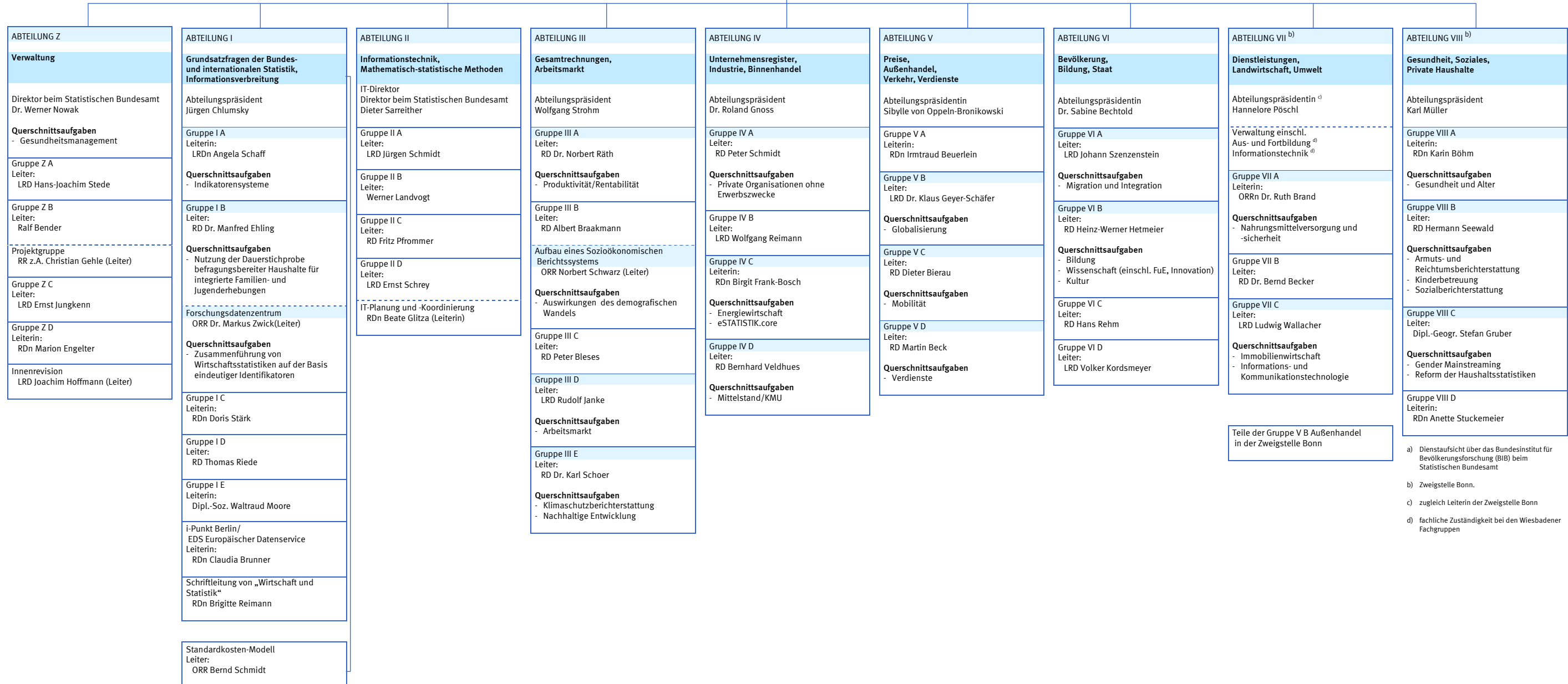
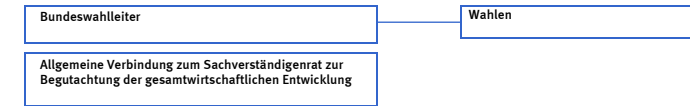
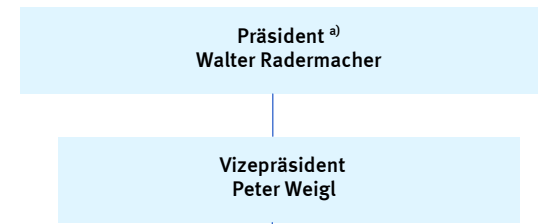
Zweigstelle Bonn
 Haus- und Lieferadresse: Graurheindorfer Straße 198, 53117 Bonn
 ☒ Postfach 170377, 53029 Bonn
 Telefax: +49 (0)1888 644-8990, Internet: <http://www.destatis.de>, E-Mail: post@destatis.de

I-Punkt Berlin - Internet: <http://www.destatis.de>, E-Mail: i-punkt@destatis.de
 EDS Europäischer Datenservice - Internet: <http://www.eds-destatis.de>, E-Mail: eds@destatis.de
 Haus- und Lieferadresse: Otto-Braun-Straße 70/72 (Eingang Karl-Marx-Allee), 10178 Berlin
 ☒ Postfach 11 01 02, 10831 Berlin, Telefon: +49 (0)1888 644-9427/9428
 Telefax: +49 (0)1888 644-9430

Telefonische Erreichbarkeit für alle Dienststellen:
 +49 (0)611 75-1 Bei Durchwahl: 75 und Hausanschluss-Nr. neben dem Namen wählen
 +49 (0)1888 644-1 Bei Durchwahl: 644 und Hausanschluss-Nr. neben dem Namen wählen

Organisationsplan einschl. Querschnittsaufgaben (Anlage zum Organisationsplan)

Stand: 15. Juni 2007, Aktenzeichen: ZA/13010011-R1Plan



a) Dienstaufsicht über das Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung (BIB) beim Statistischen Bundesamt
 b) Zweigstelle Bonn.
 c) zugleich Leiterin der Zweigstelle Bonn
 d) fachliche Zuständigkeit bei den Wiesbadener Fachgruppen